



FÜR BLEIBENDE WERTE –

Haushalt für Generationen

Die Eröffnungsbilanz
der Stadt Frankfurt am Main

ERÖFFNUNGSBILANZ DER STADT FRANKFURT AM MAIN

AKTIVA	01.01.2007 in €
ANLAGEVERMÖGEN	11.817.635.486,14
Immaterielle Vermögensgegenstände	34.773.333,00
Sachanlagevermögen	9.893.515.292,73
Finanzanlagevermögen	1.889.346.860,41
UMLAUFVERMÖGEN	668.047.578,05
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	391.252.070,97
Flüssige Mittel	276.795.507,08
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	36.005.816,77
SUMME AKTIVA	12.521.688.880,96

PASSIVA	01.01.2007 in €
EIGENKAPITAL	8.286.970.250,23
Netto-Position	8.231.834.715,87
Rücklagen und Sonderrücklagen	55.135.534,36
SONDERPOSTEN	1.060.029.295,28
Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, Zuschüsse und Investitionsbeiträge	994.364.571,12
sonstige Sonderposten	65.664.724,16
RÜCKSTELLUNGEN	1.302.710.734,25
VERBINDLICHKEITEN	1.807.463.054,42
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	64.515.546,78
SUMME PASSIVA	12.521.688.880,96

INHALT

GRUSSWORT

Uwe Becker, Stadtkämmerer _____ 4

ERWEITERTE PERSPEKTIVE

Jahresabschluss mit Vermögensrechnung _____ 6

KENNZAHLEN ZUR ERÖFFNUNGSBILANZ

Bestandsaufnahme und Strategiebasis _____ 8

ZUM BESSEREN VERSTÄNDNIS

Kameralistik und Doppik – ein Systemvergleich _____ 12

DOPPIK IN THEORIE UND PRAXIS

Neues Denken zahlt sich aus _____ 14

KENNZAHLEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Kennzahlen zur Analyse zukünftiger Jahresabschlüsse _____ 18

AUSBlick

Die Konzernbilanz der Stadt Frankfurt am Main _____ 22

ERÖFFNUNGSBILANZ IN ZAHLEN _____ 24

Eröffnungsbilanz _____ 24

Anhang _____ 26



Uwe Becker
Stadtkämmerer

GRUSSWORT

Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs an. Mittelfristig ist eine Lösung des Kernproblems jedoch nur durch eine neue Verfasstheit der Region in Form eines Stadtkreises Frankfurt/Rhein-Main gewährleistet. Dabei kann und soll die größtmögliche Eigenständigkeit von Städten und Gemeinden gewahrt und die größtmögliche Zusammenführung gemeinsamer Aufgaben in dieser neuen Verfasstheit der Region gesichert werden. Das Ballungsraumgesetz beinhaltet bereits den Gedanken, dass die Region viele gemeinsame Handlungsfelder besitzt und forciert ein gemeinsames Handeln durch einen gesetzlichen Handlungsauftrag. Diesen gilt es weiter auszubauen. Gleichzeitig ist auf Landesebene dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen für eine neue Verfasstheit der Region geschaffen werden. Frankfurt wird sich auf dem sicherlich längerfristig angelegten Weg dorthin engagiert in den Dialog mit dem Umland einbringen, um im Interesse der Gesamtregion das regionale Haus aktiv weiter auszubauen, damit aus einem stärkeren Miteinander in der Region ein Mehrwert für alle wird.

Eine weitere Herausforderung ist es, eine stabile Einnahmebasis zur Finanzierung unserer Infrastruktur zu schaffen. Die zentralen Erträge der Stadt Frankfurt bilden Steuern und ähnliche Abgaben. Darunter stellt die Gewerbesteuer die bedeutendste Einnahmequelle dar. Sie ist einerseits Ausdruck von Frankfurts Wirtschaftskraft und andererseits symbolisiert sie gerade deshalb eine deutliche Abhängigkeit des städtischen Haushalts von konjunkturellen Entwicklungen sowie der wirtschaftlichen Situation der in Frankfurt ansässigen Unternehmen. Daher kann die derzeit gute Einnahmesituation – insbesondere angesichts der weltweiten Bankenkrise und den gesetzlichen Änderungen wie der Unternehmenssteuerreform – nicht in die Zukunft projiziert werden. Zu berücksichtigen ist, dass Entscheidungen über die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes nicht nur als städtische Einnahmen begriffen werden können, sondern auch als ein Kostenfaktor der Unternehmen. Vor diesem Hintergrund ist die Senkung des Hebesatzes zum 1. Januar 2007 von 490 auf 460 Prozent als klares Signal zu werten, mit dem Frankfurt Zeichen setzt. Andererseits aber muss die Basis für eine solide Finanzierung kommunaler

Liebe Leserin, lieber Leser,

Frankfurt ist internationale Metropole und ein Mosaik seiner Stadtteile zugleich, Durchreisezentrum und Heimat, Kerb und internationaler Bankenabend, soziale Familienstadt und starker Wirtschaftsstandort. Diese Gegensätze sind es, die unserer großartigen Stadt einen eigenen, einzigartigen Charme verleihen, sie lebenswert und liebenswert machen. Die Metropole Frankfurt bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen neben diesem „gewissen Extra“ einen attraktiven Wirtschafts-, Wohn-, und Lebensraum. Grundlage hierfür ist eine hervorragende Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Verkehr, Soziales, Umwelt, Kultur, Sport und Freizeit. Wir möchten als eine der dynamischsten Metropolen unseres Landes weiterhin mit Tempo in die Zukunft steuern. Dabei gilt es, die Standortvorteile unserer Stadt auszubauen und Frankfurt mit klarem Kurs weiter zu entwickeln, ohne dabei jedoch den Identität stiftenden Charakter unserer geschichtsträchtigen Heimatstadt zu opfern.

Eine zentrale Herausforderung in diesem Kontext ist es, die Metropolfunktion Frankfurts für die Region Rhein-Main, die sich unter anderem darin äußert, dass Frankfurt die oben angeführte Infrastruktur nicht nur für ihre rund 667.500 Einwohnerinnen und Einwohner, sondern für eine regionale Millionenstadt stellt, strukturell und finanziell angemessen abzubilden. Eine angemessene finanzielle Berücksichtigung der Infrastrukturleistungen Frankfurts für die Region strebe ich zunächst konkret im

Leistungen gewährleistet sein. Es bedarf somit einer besonders verantwortungsvollen Finanzpolitik die stets zwischen diesen Aspekten abwägen muss.

Eine zentrale Voraussetzung, um unsere attraktive Stadt gerade auch im Kontext dieser Herausforderungen mit Tempo sicher in die Zukunft zu steuern und dabei national wie international wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine verlässliche Finanzpolitik für bleibende Werte als Basis einer Verantwortung, die für Generationen trägt. Kern und Garant einer solchen verlässlichen Finanzpolitik ist die Implementierung des kaufmännischen Haushalts- und Rechnungswesens. Dessen Einführung haben wir bereits 2006 beschlossen. In einer ambitionierten Projektphase von nur 16 Monaten wurde dann die Buchführung auf SAP umgestellt, um für 2007 den ersten doppischen Haushalt vorlegen zu können. Entschieden haben wir uns für den Systemwechsel von der Kameralistik zur Doppik aufgrund folgender Vorteile der doppelten Buchführung:

Die bereits erwähnte gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen ist zentrales Ziel der Haushaltsrechtsreform. Hierzu gehört es, den Ressourcenverbrauch durch Abschreibungen und Rückstellungszuführungen transparent zu machen. Besonders wichtig ist im Kontext der Generationengerechtigkeit die Bildung von Rückstellungen, die eine plausible Schätzung der ungewissen Verbindlichkeiten einer Gemeinde in der Zukunft bedeuten. Nur wenn Vermögen und sämtliche Belastungen bekannt sind, können wir die zur Verfügung stehenden Mittel effizient einsetzen, nachhaltig investieren und weiter konsolidieren.

Damit die Vorteile der Doppik greifen können, bedarf es konkreter Kennzahlen, die Informationen bündeln und finanzpolitischem Handeln gerade im Zeitverlauf eine feste Orientierungsgröße geben, was letztlich ebenfalls ein Mehr an Transparenz bedeutet. Wir haben uns für wenige aber unter kommunalen Zielsetzungen steuerungsrelevante Kennzahlen entschieden. Hervorheben möchte ich das Eigenkapital. Die Entwicklung der städtischen Eigenkapitalhöhe im Zeitverlauf wird zur wesentlichen Orientierung für die städtische Finanzwirtschaft werden. Ziel ist es, das in Frankfurt vergleichsweise hohe Eigenkapital, welches eine solide Vermögensbasis widerspiegelt, langfristig zu sichern.

Ausgeschlossen ist auch ein Ausverkauf kommunalen Vermögens, beispielsweise der städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit dem Ziel einer kurzfristigen Entschuldung. Schuldenfreiheit allein kann gerade in der doppischen Welt kein Ziel sein, denn man kann auch schuldenfrei und arm sein. Zu berücksichtigen ist eben auch das Vermögen und damit die Zukunftsfähigkeit einer Kommune. Auf dieser Basis werden wir einerseits die Anstrengungen der vergangenen Jahre zur Konsolidierung sowie einer dauerhaften Aufgaben- und Ausgabenkritik fortsetzen. Rückblickend möchte ich hervorheben, dass es uns gelungen ist, die Verschuldung von 2,8 Mrd. € im Jahr 1998 auf heute 1,2 Mrd. € zurückzuführen. Gleichzeitig sind die jährlichen Zinsausgaben in Höhe von 214 Mio. € im Jahr 1998 auf 65 Mio. € in 2006 zurückgegangen. Darüber hinaus konnten wir im Zeitraum von drei Jahren 200 Mio. € durch strukturelle Maßnahmen jährlich einsparen. Andererseits werden wir weiterhin nachhaltig investieren um bleibende Werte zu schaffen. Das kaufmännische System ist darüber hinaus auch ein symbolischer Wechsel von einem System, in dem der Käm-

merer Verwalter der königlichen Schatzkammer ist, hin zu einem demokratischeren Umgang miteinander: es ist transparenter, leichter zu vermitteln und somit bürgerfreundlicher.

Betonen möchte ich, dass die positiven Erwartungen an die Doppik nur erfüllt werden können, wenn es gelingt, das neue Haushalts- und Rechnungswesen mit Leben zu füllen. Das heißt, es muss sich im Denken und Handeln nicht nur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sondern auch der Öffentlichkeit, der Medien, der Bürgerinnen und Bürger und an erster Stelle der politisch Verantwortlichen widerspiegeln. Daher ist es mir wichtig, die genannten Personenkreise auf dem Reformweg mitzunehmen, ihre Vorbehalte ernst zu nehmen und ihre Fragen zu beantworten. Ein erster Beitrag hierzu ist diese Broschüre zur Eröffnungsbilanz mit ihren Erläuterungen.

Die Eröffnungsbilanz wiederum ist aber nur ein Schritt im Rahmen der Systemumstellung zur Doppik. Derzeit arbeiten wir bereits am Konzernabschluss, der erstmals 2010 für das Jahr 2009 vorgelegt werden kann. Dieser wird einen weiteren Beitrag für bleibende Werte in Verantwortung für Generationen dokumentieren.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten herzlich für ihr überdurchschnittliches Engagement im Rahmen der andauernden Einführung des kaufmännischen Haushalts- und Rechnungswesens bedanken.



Uwe Becker
Stadtkämmerer



Buchwert des Gebäudes zum Bilanzstichtag 17,2 Mio. €

Die **Schirn** Kunsthalle Frankfurt wurde 1986 eröffnet und zählt unter anderem wegen der Kooperation mit Häusern wie dem Centre Pompidou, der Tat Gallery, dem Guggenheim-Museum, der Eremitage in St. Petersburg und dem Museum of Modern Art in New York zu den renommiertesten Ausstellungshäusern Europas. Der vom Architektenbüro Bangert, Jansen, Scholz & Schultes entworfene und geplante Gebäudekomplex umfasst eine Ausstellungsfläche von 2.000 Quadratmetern.

Jahresabschluss mit Vermögensrechnung

Erstmals mit dem Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2007 wird den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern sowie den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung ein Jahresabschluss vorgelegt, der neben der Darstellung von Aufwänden und Erträgen (Ergebnisrechnung), von Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzrechnung) – jeweils im Soll und im Ist – auch eine Vermögensrechnung für das gesamte städtische Vermögen beinhaltet. Ausgangspunkt hierfür ist die nachfolgend in dieser Broschüre abgebildete Eröffnungsbilanz (EÖB) zum Stichtag 01.01.2007.

Auch wenn die darin enthaltene Aufstellung und Bewertung städtischer Vermögensgegenstände (auf der Aktivseite) noch nicht vollständig ist (es fehlen beispielsweise noch die Kunstgegenstände), so wurde hier doch erstmalig eine umfassende und systematische Darstellung und Bewertung des städtischen Vermögens vorgenommen, die im Rahmen gesetzlich vorgesehener Nachbesserungsmöglichkeiten und -fristen zu vervollständigen ist.

Ferner sind auf der Passivseite der Frankfurter Eröffnungsbilanz sämtliche Verbindlichkeiten dargestellt. Zu jeder Einzelposition dieser Bilanz finden sich im Anhang differenzierte Angaben, beispielweise zu den verwendeten Bewertungsmethoden. Zukünftig enthält jeder neue Jahresabschluss der Stadt eine Vermögensrechnung, die aufzeigt, wie sich die Vermögensverhältnisse in der zurückliegenden Rechnungsperiode entwickelt haben. Einem Wert der städtischen Bilanz wird dabei besondere Aufmerksamkeit zukommen: Dem Eigenkapital – als Differenz aus Vermögen und Verbindlichkeiten. Dies nicht nur deshalb, weil den Städten von Gesetzes wegen aufgegeben wurde, das Niveau eben dieses Eigenkapitals auf Dauer zu erhalten, sondern auch deshalb, weil am Niveau dieser Bilanz-

EIN SOLIDES FUNDAMENT

Anzahl städtischer Grundstücke <i>(alle Angaben ohne auswärtige Gemarkungen)</i>	44.185
Gesamtfläche städtischer Grundstücke	98,3 Mio. m ²
Anzahl städtischer Gebäude auf 891 städtischen Liegenschaften	ca. 1.947
Straßenlänge	ca. 1.176 km
Straßenverkehrsfläche	15,0 Mio. m ²
davon Fahrflächen	8,6 Mio. m ²
davon Nebenflächen	6,4 Mio. m ²
Streckenlänge der U-Bahnlinien	58,6 km
Anzahl Beteiligungen	213
davon direkt	54

position der Anspruch „generationengerechten“ Wirtschaftens messbar und dadurch kontrollierbar wird. Neben der Eigenkapitalposition sind weitere Kenngrößen zur Beurteilung der städtischen Vermögenssituation bzw. der Eröffnungsbilanz bedeutsam. Sie werden im nachfolgenden Abschnitt im Einzelnen erläutert. Die besonders bedeutsamen unter ihnen, sind hervorgehoben dargestellt.



**Buchwert des Gebäudes
zum Bilanzstichtag 4,5 Mio. €**

Das **Zoo-Gesellschaftshaus** wurde 1875 / 76 von den Architekten Josef Durm, Adam Friedrich Kaysser und Otto Lindheimers als Repräsentationsbau im Stil des späten Klassizismus erbaut. **Der Zoologische Garten Frankfurt** wurde 1858 in Frankfurt am Main eröffnet und feiert in diesem Jahr sein 150jähriges Bestehen. Er ist damit nach dem Berliner Zoo der zweitälteste Tierpark Deutschlands. Zurzeit beherbergt der Zoo auf rund 11 ha Fläche ca. 4800 Individuen aus 565 Arten.

Realisierung des
Produkthaushalts

Einführung der
Doppik / Eröffnungsbilanz

Erarbeitung der
Konzernbilanz

2002

2007

2009



Buchwert des Gebäudes zum Bilanzstichtag 22,8 Mio. €

Der **Römer** ist ein mittelalterliches Gebäude mit charakteristischer Treppengiebfassade. Bis zum Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation 1806 war er Ort der meisten Königs- bzw. Kaiserwahlen und -krönungen und ist somit eines der geschichtsträchtigsten Gebäude Deutschlands. Er dient seit über 600 Jahren als Rathaus der Stadt Frankfurt am Main.

Bestandsaufnahme und Strategiebasis

Das Eigenkapital in Höhe von 8.287 Mio. € hat mit 66,2% einen relativ hohen Anteil an der Bilanzsumme.

Dem Eigenkapital steht auf der Aktivseite entsprechendes Anlagevermögen gegenüber, dessen Anteil an der Bilanzsumme 94,4% beträgt. Das Sachanlagevermögen von 9.894 Mio. € ist wesentlich geprägt durch einen hohen Anteil an Grundstücksvermögen (70,5%) und Infrastrukturvermögen (17,3%). Das Infrastrukturvermögen und das Grundstücksvermögen, das der Infrastrukturnutzung gewidmet ist, haben zusammen einen Anteil von 60,6% am gesamten Sachanlagevermögen. Um der eingeschränkten Verfügbarkeit des Infrastrukturvermögens auf Grund seiner Widmung bzw. Nutzung Rechnung zu tragen, wurden die Grundstückswerte für Infrastruktur in der Eröffnungsbilanz um 70% abgewertet.

Das Verhältnis aus Infrastrukturvermögen inklusive Grundstücksvermögen für Infrastrukturnutzung und Eigenkapital beträgt 72,4% und macht deutlich, dass ein hoher Anteil des Eigenkapitals in Infrastruktur gebunden und damit nicht frei verfügbar im Sinne einer Liquidierung ist.

Das Finanzanlagevermögen von 1.889 Mio. € hat mit 16,0% einen im Vergleich zum Sachanlagevermögen geringeren Anteil am Anlagevermögen und besteht hauptsächlich aus Anteilen an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen sowie aus Ausleihungen an Dritte. An dieser Stelle ist zu beachten, dass die Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen streng nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet wurden und zukünftige Ergebniserwartungen außer acht geblieben sind.

Die liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen (Umlaufvermögen) haben mit 5,3% im Verhältnis zum Anlagevermögen einen geringen Anteil an der gesamten Bilanzsumme.

Betrachtet man die Kapitalseite der Eröffnungsbilanz, so ist zu erkennen, dass das gesamtstädtische Vermögen solide finanziert ist und ein finanzielles Gleichgewicht zwischen dem langfristigen Vermögen und



Palmengarten

Historisches Eingangsschauhaus

Der im Jahr 1871 eröffnete **Palmengarten** ist mit heute 29 ha einer der größten Gärten seiner Art in Deutschland. Er ist einer von zwei botanischen Gärten in Frankfurt am Main und liegt im Stadtteil Westend. In direkter Nachbarschaft schließt sich der Botanische Garten Frankfurt an, der zum Fachbereich Biologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt gehört.



Die **Messe Frankfurt** ist nur ein Beispiel für die vielfältigen Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main an Unternehmen. Der Wert sämtlicher Beteiligungen hat mit 1.289 Mio. € einen Anteil von rund 10 % an der Bilanzsumme.

dem langfristigen Kapital besteht. Die Summe aus Eigenkapital und Sonderposten im Verhältnis zum Anlagevermögen weist bereits einen Anteil von 79,1 % aus. Bezieht man das langfristige Fremdkapital in die Betrachtung ein, so erhöht sich der Anteil auf 97,8 %. Die Übereinstimmung von langfristigem Kapital und Vermögen ist somit weitgehend gewahrt („Goldene Bilanzregel“).

Das Fremdkapital beläuft sich auf 3.110 Mio. € und hat einen Anteil von 24,8 % an der Bilanzsumme. Neben den Verbindlichkeiten aus Krediten tragen insbesondere die Pensions- und Beihilferückstellungen zu dieser Quote bei. Kurzfristig besteht kein Finanzierungsrisiko. Denn dem kurzfristigen Fremdkapital steht Umlaufvermögen insbesondere in Form von liquiden Mitteln auf der Aktivseite gegenüber. Die Relation aus Umlaufvermögen und kurzfristigem Fremdkapital (die sogenannte Liquidität 2. Grades) liegt mit 128,2 % über 100 %. Langfristig ist allerdings zu beachten, dass zwar Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nun erstmals in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen werden, die Finanzierung erfolgt derzeit aus dem Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Betrachtung der wesentlichen Kennzahlen macht deutlich, dass die Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt am Main eine gute Basis

KENNZAHLEN ZUR ERÖFFNUNGSBILANZ

für eine nachhaltig solide finanzwirtschaftliche Entwicklung darstellt. Zusammenfassend lassen sich folgende Kernaussagen treffen:

- Die Eröffnungsbilanz weist absolut und relativ ein hohes Eigenkapital aus. Allerdings ist zu beachten, dass dieses Eigenkapital zu einem erheblichen Anteil aus auf der Aktivseite stehendem Infrastrukturvermögen resultiert.
- Die Fristenkongruenz aus langfristigem Anlagevermögen und langfristigem Kapital ist

weitgehend gegeben, d.h. das langfristige Vermögen ist nicht durch kurzfristige Verbindlichkeiten finanziert.

- Es besteht kein Finanzierungsrisiko, da dem kurzfristigen Fremdkapital ausreichend liquidierbares Umlaufvermögen (Forderungen und liquide Mittel) gegenübersteht.

Die folgende Abbildung gibt abschließend einen Überblick über die Kennzahlen der Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt am Main. Die wichtigsten und auch für die Zukunft im Mittelpunkt der Betrachtung stehenden Kennzahlen der Vermögensrechnung sind in der Darstellung hervorgehoben.

Bilanzsumme	Absolut in T€	12.521.689
Eigenkapital	Absolut in T€	8.286.970
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}}$ in %	66,2
Anlagevermögensquote	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Bilanzsumme}}$ in %	94,4
Sachanlagevermögensquote	$\frac{\text{Sachanlagevermögen}}{\text{Anlagevermögen}}$ in %	83,7
Infrastrukturvermögensquote	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} + \text{Grundstücksverm. f. Infrastruktur}}{\text{Sachanlagevermögen}}$ in %	60,6
Infrastruktur / Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} + \text{Grundstücksverm. f. Infrastruktur}}{\text{Eigenkapital}}$ in %	72,4
Finanzanlagevermögensquote	$\frac{\text{Finanzanlagevermögen}}{\text{Anlagevermögen}}$ in %	16,0
Umlaufvermögensquote	$\frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{Bilanzsumme}}$ in %	5,3
Anlagendeckungsgrad 1	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}}{\text{Anlagevermögen}}$ in %	79,1
Anlagendeckungsgrad 2	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten} + \text{langfr. Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$ in %	97,8
Liquidität 2. Grades	$\frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}$ in %	128,2
Kurzfristige Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}{\text{Fremdkapital}}$ in %	16,8
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}}$ in %	24,8

Die Betrachtung der wesentlichen Kennzahlen macht deutlich, dass die Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt am Main eine gute Basis für eine nachhaltig solide finanzwirtschaftliche Entwicklung darstellt.



**Buchwert des Gebäudes
zum Bilanzstichtag 1,7 Mio. €**

Die Hundertwasser- Kindertagesstätte

in Heddernheim ist „Frankfurts außergewöhnlichstes Haus für Kinder“. Sie wurde am 22. Juni 1995 in Anwesenheit von Friedensreich Hundertwasser eröffnet. In der Kindertagesstätte können ca. 60 Kindergarten- und 40 Hortkinder betreut werden.





Kameralistik und Doppik – ein Systemvergleich

Das kameralistische Rechnungswesen in seiner Ausprägung als Verwaltungskameralistik ist traditionell das Rechnungswesen der öffentlichen Hand in Deutschland und einigen wenigen anderen Ländern. Seine Ursprünge gehen im Wesentlichen auf Entwicklungen im Österreich des 18. Jahrhunderts zurück. Diese auch „Verwaltungsbuchführung“ genannte Methode, die ursprünglich durchaus auf die wirtschaftliche Erfolgsermittlung abstellte, diente zur Gegenwart hin immer mehr der Kontrolle, ob der Haushaltsplan eingehalten wurde. In vielen Fällen sogar wurden in der Kameralistik nur die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen festgehalten (Zahlungsorientierung).

Für ein besseres Verständnis der beiden Fachbegriffe lässt sich bereits vom Wortklang einiges ableiten:

Kameralistik kommt von lateinisch „camera“ (deutsch: Kammer), hat also mit etwas „Abgeschlossenem“ zu tun. Zudem bezeichnete man früher Behörden auch gerne als Kammern.

Beim Begriff „Doppik“ liegt nahe, dass er etwas mit „doppelt“ zu tun haben muss, was auch richtig ist, denn es geht um doppelte Buchführung. Ganz genau gesagt leitet sich der Kunstbegriff von „Doppelte Buchführung in Konten“ ab. Und damit wird auch schon der wesentliche Unterschied in den Buchführungsstilen deutlich: In der doppischen Buchführung

wird jeder Geschäftsvorfall auf (mindestens) zwei Konten nach Art und Wert verbucht, während in der Kameralistik jeder Geschäftsvorfall nur auf einem Konto gebucht wird.

Beide Arten des Rechnungswesens unterscheiden sich aber viel grundsätzlicher in ihren Grundprinzipien, Funktionen und Zwecken voneinander.

Das an sich vernünftige kamerale Grundprinzip des Ausgleichs von geplanten und tatsächlichen Einnahmen bzw. Ausgaben wird dabei in mehrfacher Hinsicht einer nachhaltigen Finanzwirtschaft nicht gerecht:

- In der Vergangenheit verursachte, aber erst künftig fällig werdende Verpflichtungen, beispielsweise aus Pensionsansprüchen, bleiben außer acht bzw. werden erst zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit erfasst

KAMERALISTIK

Prinzip:	Gegenüberstellung von geschätzten und tatsächlichen Einnahmen / Ausgaben im Haushaltsplan und in der Jahresrechnung
Ziel:	Ausgleich von geplanten / tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben
Zweck:	Bindung finanzwirksamen Handelns an aktuelle politische Beschlüsse / Haushaltsplan
Nutzen:	Kontrolle und Überwachung der kameraleen Vorgaben

Frankfurt hat als Metropole in Deutschland und Europa viel zu schultern. Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist unentbehrlich, weil es um die Sicherung der Zukunft geht.



und nicht zum Zeitpunkt ihrer Entstehung. Dadurch verschieben sich beträchtliche Belastungen in die Zukunft.

- Der Vermögensverzehr (Ressourcenverbrauch) wird nur unzureichend erfasst. Dies gilt insbesondere für die nichtzahlungswirksamen Abschreibungen.
- Es wird nicht transparent, ob wirtschaftlich erfolgreich gehandelt worden ist, insbesondere auch deshalb, weil eine im Verbund geführte Vermögensrechnung regelmäßig fehlt.
- Eine wirksame Konzernsteuerung ist nicht möglich, wenn die Kernverwaltung kameralistisch – ihre Sondervermögen und Tochterunternehmen aber kaufmännisch Rechnung legen.

Dass die Kameralistik über Jahrhunderte hinweg das finanzpolitische Mittel der Wahl war und mancherorts noch ist, spricht für seine Praktikabilität und Nützlichkeit. In der heutigen Zeit, in der zunehmend Anforderungen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit an eine verantwortungsvolle Politik und Verwaltung gestellt werden, besitzt das doppelte Rechnungswesen aber gegenüber dem kameralen deutliche Vorteile.

Frankfurt setzt auf Doppik und leistungsstarke Software

Auch das öffentliche Rechnungswesen kommt heute nicht mehr ohne elektronische Datenverarbeitung aus. Die Entwicklung von betriebswirtschaftlicher Standardsoftware hat sich dabei weltweit auf das doppelte Rechnungswesen konzentriert. Auch dies war ein Grund dafür, dass Frankfurt sich gegen die „Erweiterte Kameralistik“ und für die Doppik entschieden hat. Dies auf Basis einer leistungsfähigen und zukunftssicheren Software, in der die doppelten Erfolgsrechnungen (Ergebnisrechnung und Vermögensrechnung) im Verbund mit diversen Nebenrechnungen (Anlagenbuchhaltung, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung), der Finanzrechnung sowie der Kosten- und Leistungsrechnung geführt werden können.

DOPPIK

Prinzip:	Darstellung von Aufwand und Ertrag zur Feststellung des wirtschaftlichen Erfolgs in den Erfolgsrechnungen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz)
Ziel:	Periodengerechte Darstellung des Ressourcenverbrauchs einschließlich des nichtzahlungswirksamen Werteverzehrs
Zweck:	Über Bindung finanzwirtschaftlichen Handelns hinaus die Ableitung von wirtschaftlichen Steuerungsinformationen
Nutzen:	Wirtschaftliches Handeln auf der Basis von wirtschaftlichen Kennzahlen, nachhaltige Finanzwirtschaft

**Buchwert des Gebäudes
zum Bilanzstichtag 58 Mio. €**

Kaiserdom St. Bartholomäus

Im Jahre 1239 wurde mit dem Bau der heute noch bestehenden Bauteile begonnen. Die Kirchenschiffe entstanden im 14. Jahrhundert, der Westturm im 15. Jahrhundert, sein heutiges Erscheinungsbild erhielt der Dom im 19. Jahrhundert. Seit 1802 ist der Dom eine von acht Dotationskirchen im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main. Als ehemalige Wahl- und Krönungskirche der römisch-deutschen Kaiser ist der Dom eines der bedeutenden Bauwerke der Reichsgeschichte und galt vor allem im 19. Jahrhundert als Symbol nationaler Einheit.



Neues Denken zahlt sich aus

Wo sich etwas so grundlegend verändert (hat), wie aktuell, im Haushalts- und Rechnungswesen öffentlicher Verwaltungen, darf man annehmen, dass dies fundamental auf das Denken und Handeln der maßgeblichen Akteure aus Politik und Verwaltung zurückwirken wird. Dies gilt umso mehr wenn richtig ist, dass die Abkehr von der Kameralistik keine (reine) Frage der Buchhaltung ist, sondern eine Chance zu nachhaltiger Finanzwirtschaft. Umdenken ist unter anderem auch deshalb notwendig, weil Veränderungen im finanzwirtschaftlichen Handeln eine wesentliche Intention der Reform des öffentlichen Rechnungswesens sind. Haushaltspolitische Debatten in den Parlamenten und Medien, administratives Aufsichtshandeln oder die überörtliche Finanzstatistik – nichts davon kann eigentlich unverändert bleiben.

Noch aber ist von dem Wandel wenig erkennbar. Was ist – um ein erstes Beispiel anzuführen – aus kaufmännischer Sicht von einer finanzwirtschaftlichen Strategie zu halten, die mit Hilfe von extremen Vermögensveräußerungen radikalen Schuldenabbau betreibt, wenn also beispielsweise eine Kommune wesentliche Teile ihres Vermögens veräußert, um damit (vollständig) schuldenfrei zu werden? Und welche Verschuldung ist hier überhaupt gemeint?

In der kameralistischen (zahlungsorientierten) Welt liegt die finanzwirtschaftliche Orientierung regelmäßig auf den kreditfinanzierten Verbindlichkeiten einer Gebietskörperschaft, was naheliegend ist, weil durch sie unmittelbar zinsbedingter Zahlungsaufwand erzeugt wird. Streng genommen ist aber für die Beurteilung der Verbindlichkeiten die Gesamtverschuldung entscheidend – gleich welcher Herkunft. Dazu zählt eben auch die „interne“ Verschuldung, gegenüber den Beschäftigten in Form von erworbenen Pensionsansprüchen (mit Einführung der Doppik nachgewiesen in der Bilanz durch entsprechende Rückstellungen) und ähnliches mehr. In der kameralen Betrachtung zählt aber nur der unmittelbar zahlungsorientierte Aufwand, wodurch sich kamerales Kennzahlen zur Verschuldung, zum Beispiel die *populäre Verschuldung pro Einwohner*,



nur auf einen Teil der Verbindlichkeiten einer Gemeinde beziehen. In der kaufmännischen Welt wäre diese Kennzahl also durch die aussagefähigere Kennzahl: *Verschuldung pro Einwohner aus allen Verbindlichkeiten* zu ersetzen.

Wie ist nun die zuvor beschriebene Schuldenabbau-/Vermögensveräußerung-Strategie wirtschaftlich zu bewerten? Im kaufmännischen Denken würde man diesen Geschäftsvorfall als *erfolgsneutrale* „Bilanzverkürzung“ ansehen, weil das zur Beurteilung des Vorgangs maßgebliche Eigenkapital (als Resultierende aus: Vermögen – Schulden) durch die Transformation von Vermögen in Schuldentilgung regelmäßig unverändert bleibt. Mit anderen Worten: Kaufmännisch betrachtet ist die Strategie zunächst einmal weder positiv noch negativ zu bewerten.

Anders zu beurteilen wäre der Sachverhalt, wenn der Schuldenabbau – ganz oder zumindest teilweise – aus zuvor erwirtschafteten Finanzmittelüberschüssen des Ergebnishaushaltes finanziert worden wäre.

Schließlich sind bei der Beurteilung öffentlicher Ver- und Entschuldung Aspekte der Generationengerechtigkeit von großer Bedeutung. Das Ziel, den Abbau von Verschuldung voranzutreiben wird häufig zu Recht mit dem Prinzip der *Generationengerechtigkeit* in Verbindung gebracht, insbesondere dann, wenn sich Gebietskörperschaften sehr hoch und nachhaltig verschuldet haben, so dass sie mit beträchtlichen Zinsaufwendungen nachhaltig belastet sind. Weder Extremtilgung aus Vermögensveräußerungen noch Überschuldung werden zukünftigen Generationen gerecht. Nur eine Investitionswirtschaft, die den Zeitraum der Nutzung der Dauer der Finanzierung gegenüberstellt belastet alle Generationen in angemessener Weise.

Ein zweites Beispiel: Macht es eigentlich (noch) Sinn, wenn sich Akteure aus Politik und Verwaltung bei der Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Situation einer auf die Doppik umgestellten Gemeinde (weiterhin) an kamerale Alt-Fehlbeträge der Vergangenheit orientieren? Einerseits nicht, weil diese Fehlbeträge bereits in den (entsprechend reduzierten)

Bewertungen der Eröffnungsbilanz enthalten sind. Andererseits dürfen diese aus der Vergangenheit resultierenden Belastungen mit der Umstellung auf die Doppik nicht gleichsam „verschwinden“. Frankfurt muß sich trotz der Umstellung auf die Doppik die Frage nach den Verlusten aus der Vergangenheit gefallen lassen.

Beim Übergang von einer kamerale auf eine kaufmännische Haushaltswirtschaft wird sich daher in der (Eröffnungs-)Bilanz kein Wert finden lassen, der den kamerale Fehlbeträge vergangener Jahre entspricht. Kamerale Alt-Fehlbeträge werden deshalb im kaufmännisch umgestellten Rechnungswesen richtigerweise nur nachrichtlich im Anhang zur Bilanz in Form einer Übersicht über die vorangegangenen Jahre dargestellt (vgl. Anhang zur Frankfurter Eröffnungsbilanz Ziffer 4.5).

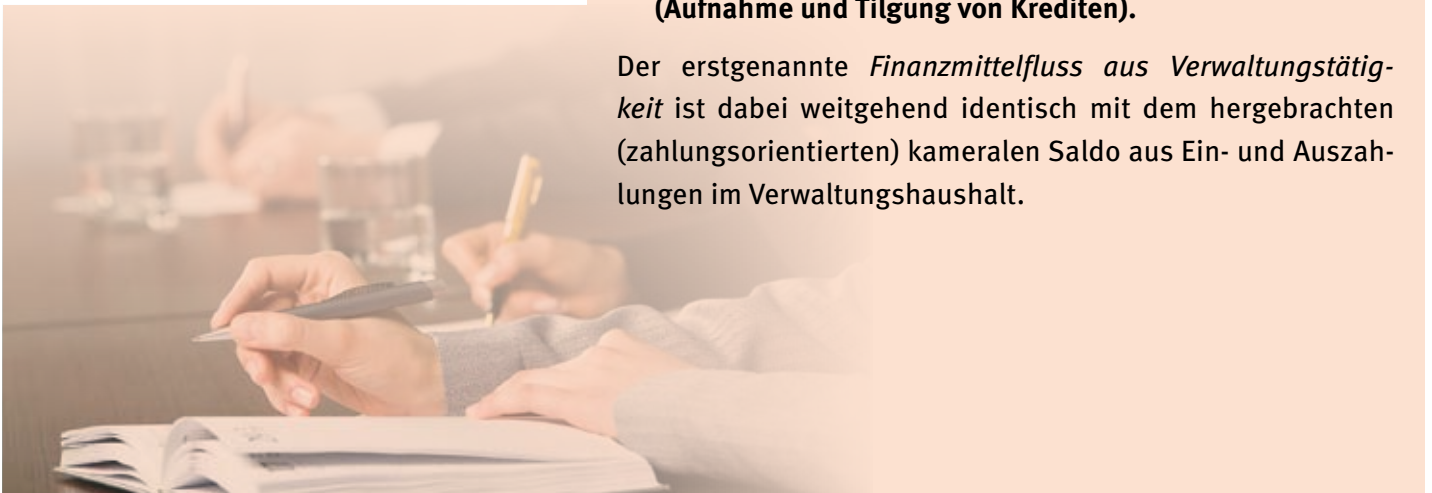
Die Abkehr von der Kameralistik kann mehr sein als eine Umstellung der Buchhaltung: Verankert im Denken und Handeln der Verantwortlichen ergibt sich die Chance zu einer nachhaltigen Finanzwirtschaft und damit zu mehr Generationengerechtigkeit

Um ein weiteres Beispiel für das notwendige Umdenken anzuführen: Sind die Verantwortlichen gut beraten, wenn sie sich bei der Beurteilung des „zulässigen“ Investitionsniveaus einer Kommune (allein) am sogenannten *Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit* in der Finanzrechnung (s. nachstehenden Kasten) ausrichten oder wäre es – zumindest bei den bereits umgestellten Gemeinden – geboten auf neue Kennzahlen abzustellen? Die Doppik besitzt durchaus Erkenntnisvorteile, indem man die Höhe der investiven Verausgabungen beispielsweise langfristig auch von der Wachstumsquote (= Nettoinvestitionen / Abschreibungen) abhängig macht, die immerhin u. a. den abnutzungsbedingten Vermögensverzehr (Abschreibungen) und damit den Aspekt der Substanzerhaltung

Das speziell in die öffentliche Verwaltung eingeführte kaufmännische Verfahren besitzt gegenüber dem in der Privatwirtschaft etablierten kaufmännischen System eine wichtige Besonderheit, indem neben der Kapitalflussrechnung noch zusätzlich eine direkte Finanzrechnung abgebildet wird. Der direkte Finanzhaushalt einer Gebietskörperschaft ist eine durch den Gesetzgeber vorgegebene zusätzliche Darstellung. Abgebildet werden darin die Zahlungsmittelströme aus:

- **Verwaltungstätigkeit (Einzahlungen und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes),**
- **Investitionstätigkeit (Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen) und**
- **Finanzierungstätigkeit (Aufnahme und Tilgung von Krediten).**

Der erstgenannte *Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit* ist dabei weitgehend identisch mit dem hergebrachten (zahlungsorientierten) kameralen Saldo aus Ein- und Auszahlungen im Verwaltungshaushalt.



berücksichtigt. Die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zunächst sinnvolle gesetzliche Vorgabe zur Abbildung von Zahlungsströmen in einer Finanzrechnung kann zu einem rückwärts gerichteten Instrument gegen den beabsichtigten Wandel werden, wenn dadurch die wesentliche Funktion der Reform des öffentlichen Finanzwesens ausgehebelt würde: Ein an Zahlungsströmen orientiertes Haushalts- und Rechnungswesen (Kameralistik) durch eine ressourcenverbrauchsorientierte Bewirtschaftung unter Einbeziehung der Vermögenssituation zu ersetzen. Mit der Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens muss also an die Stelle hergebrachter finanzpolitischer Zielgrößen etwas Neues treten. Wirtschaftliche Kennzahlen auf Basis eines kaufmännischen Haushalts- und Rechnungswesens für den öffentlichen Bereich werden derzeit umfänglich in den Fachkreisen beraten. In der Diskussion besteht Einvernehmen darüber, dass die aus der Privatwirtschaft stammenden Kenngrößen aufgrund struktureller Unterschiede nicht ohne weiteres in die



öffentliche Verwaltung übertragen werden können. Dabei ist im Besonderen zu beachten, dass das bewertete Vermögen einer Gebietskörperschaft auf der Aktivseite der Bilanz nur zum (geringen) Teil frei nutzbar bzw. veräußerbar ist. Der unkritische Blick in die private Welt der kaufmännischen Bilanzanalyse hilft daher oftmals nicht weiter. Notwendig sind spezielle Interpretationsregeln dieser Kennzahlen für den öffentlichen Bereich.

Bei der Analyse der kommunalen Jahresabschlüsse im Vergleich zur Privatwirtschaft sind insbesondere folgende Unterschiede zu beachten:

- Im öffentlichen Bereich gibt es keine Eigentümer in Form von natürlichen Personen. Die einzelne Bürgerin, der einzelne Bürger kann weder frei über das Vermögen verfügen, noch für Schulden direkt haftbar gemacht werden.
- Gewinnmaximierung ist kein Ziel einer Kommune. Außerdem hängen Erträge (insbesondere Steuern) weniger vom eingesetzten Vermögen bzw. Kapital, sondern vielmehr von gesetzlichen Grundlagen ab. Renditekennzahlen spielen daher keine Rolle.
- Insolvenzen von Kommunen mit Liquidation des Vermögens sind ausgeschlossen.
- Ein Großteil kommunalen Vermögens (insbesondere Infrastrukturvermögen) steht nicht als Schuldendeckungspotential zur Verfügung.

Im Gegensatz zur Kameralistik sieht die Doppik Rückstellungen für in der Zukunft auftretende finanzielle Verpflichtungen vor. Dies zum Beispiel auch für Pensionsansprüche der Beamtinnen und Beamten. So ist zumindest bilanziell Vorsorge getroffen für die absehbare Belastung in der Zukunft. Die Rückstellungspflicht darf allerdings nicht so missverstanden werden, dass dadurch gleichsam „Geld auf die Seite“ gelegt würde, mit dem die absehbaren Verbindlichkeiten gedeckt werden können. Der Pas-

sivposten für Rückstellungen hat insofern keinen eigenständigen Wert im Sinne einer Finanzierung dieser Belastungen, sondern ist eher als „Erinnerungsposition“ über künftige monetäre Belastungen in ihrer ungefähren Höhe anzusehen.

Den Rückstellungen müssen auf der Aktivseite der Bilanz veräußerliche Vermögenswerte gegenüberstehen, wenn sie die künftigen Ausgaben tatsächlich antizipieren sollen. Die Aufwendungen für die Pensionäre der Stadt werden aktuell noch aus dem Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit finanziert. Eine künftige Form der Finanzierung dieser Belastungen könnte beispielsweise durch Bildung einer Pensionsversicherung oder durch Beitritt zu einer Pensionskasse bewirkt werden.

Das Beispiel zeigt, dass kaufmännische Prinzipien und ein entsprechend ausgestaltetes Rechnungswesen allein die finanzwirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft nicht lösen.

Wenn die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens insgesamt mehr sein soll als die Umstellung eines Buchführungsstiles, mithin das Potenzial der Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen vollständig nutzbar gemacht werden soll, dann ist auf allen Ebenen ein offensiver Umgang mit dem neuen Haushalts- und Rechnungswesen bzw. den veränderten Sichtweisen erforderlich.



Buchwert des Bauwerks zum Bilanzstichtag 6,4 Mio. €

Der **Eiserne Steg** ist eine im Jahre 1868 im neugotischen Stil erbaute 170 m lange Fußgängerbrücke über den Main, die den Römerberg mit dem Stadtteil Sachsenhausen verbindet. Das aus vernietetem Stahlfachwerk bestehende Bauwerk wird von zwei Strombrückentriebwerken getragen.

Kennzahlen zur Analyse zukünftiger Jahresabschlüsse

Für die finanzwirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung der Stadt Frankfurt am Main steht künftig ein Set von neuen Kenngrößen orientiert am Dreikomponentenmodell des doppelischen Rechnungswesens für die öffentliche Finanzwirtschaft zur Verfügung.

1. Laut Eröffnungsbilanz ergibt sich zum 01.01.2007 ein vergleichsweise hohes Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote (Verhältnis: Eigenkapital / Bilanzsumme) ist ebenfalls beträchtlich. Gleichwohl ist die absolute Höhe des Eigenkapitals aus der Eröffnungsbilanz nur in sofern von Bedeutung, dass die städtische Finanzwirtschaft in Zukunft (auch von Gesetz wegen) gehalten ist, das mit der Eröffnungsbilanz festgestellte Eigenkapital mittelfristig zu erhalten.

Kennzahl: **Veränderung des Eigenkapitals =
Eigenkapital ÷ Eigenkapital des Vorjahres**

Die Entwicklung der städtischen Eigenkapitalhöhe im Zeitverlauf wird dadurch zur zentralen Orientierungsgröße für die städtische Finanzwirtschaft.

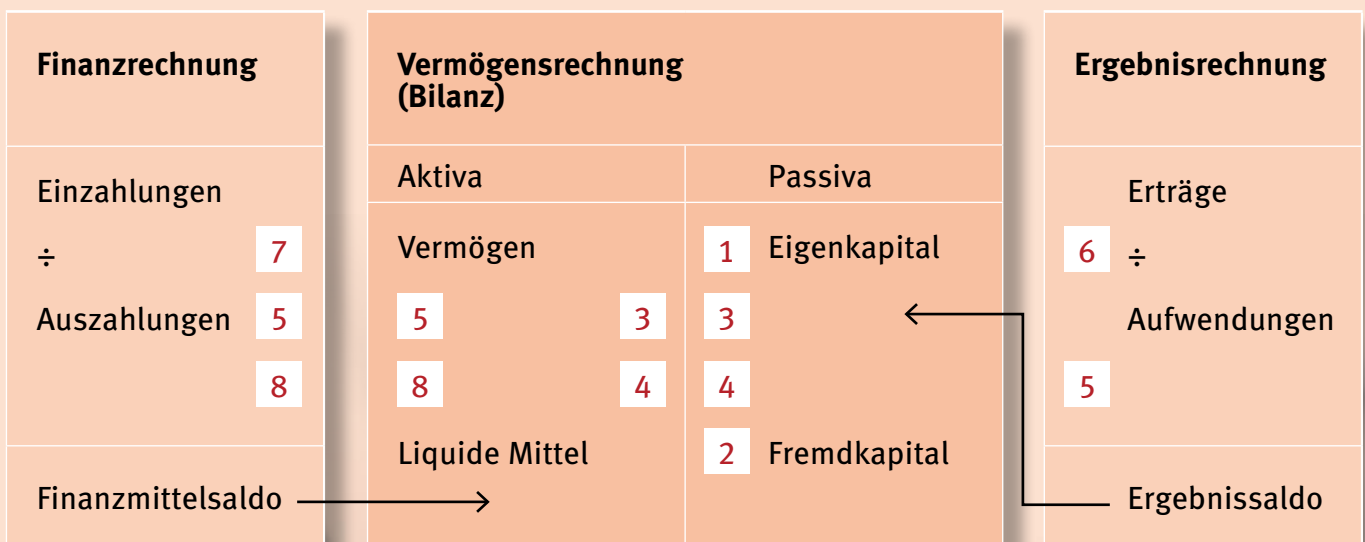
2. Entscheidend für die Belastung zukünftiger Haushaltsjahre bzw. zukünftiger Generationen ist der Grad der Verschuldung innerhalb der Vermögensrechnung. Dabei sind nicht nur die kreditfinanzierten Verbindlichkeiten von Bedeutung, sondern sämtliche Verpflichtungen, also beispielsweise auch die „interne Verschuldung“ gegenüber den Beschäftigten in Form von erworbenen Pensionsansprüchen.

Kennzahl:

Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}}$	x 100
-------------------	---	--	-------

Wirtschaftliche Kennzahlen auf Basis eines kaufmännischen Haushalts- und Rechnungswesens für den öffentlichen Bereich werden derzeit umfänglich in den Fachkreisen beraten. In der Diskussion besteht Einvernehmen darüber, dass die aus der Privatwirtschaft stammenden Kenngrößen aufgrund struktureller Unterschiede nicht ohne weiteres in die öffentliche Verwaltung übertragen werden können

DAS „DREIKOMPONENTENMODELL“ ALS BESONDERE AUSPRÄGUNG DES DOPPISCHEN RECHNUNGSWESENS IN DER ÖFFENTLICHEN FINANZWIRTSCHAFT



* Die Zahlen in dem Schaubild entsprechen der in Ziffern gegliederten Kommentierung der Kennzahlen im Text.

KENNZAHLEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

3. Die Einbeziehung sämtlicher Verpflichtungen ist ein wichtiger Aspekt in der Betrachtung der Verschuldungssituation. Darüber hinaus gilt es aber auch das langfristige Kapital ins Verhältnis zum langfristigen Vermögen (insbesondere Anlagevermögen) zu setzen.

Kennzahl:

Anlagendeckungsgrad 2	=	$\frac{\text{Eigenkapital + Sonderposten + langfristiges Fremdkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$	x 100
------------------------------	---	---	--------------

Sollte dieses Verhältnis langfristig unter 100 % liegen, so zeigt dies an, dass die langfristige Kongruenz zwischen Vermögen und Kapital nicht mehr gewährleistet ist und Vermögen über kurzfristiges Fremdkapital finanziert worden ist.

4. Um die Bindung der kurzfristigen Verbindlichkeiten zu beurteilen, ist das kurzfristig liquidierbare Umlaufvermögen ins Verhältnis zu den Verbindlichkeiten zu setzen (Liquiditätsgrad). Hierbei kann noch einmal zwischen Bestand an liquiden Mitteln und Forderungen differenziert werden. Liegt das Verhältnis nicht unter 100 %, so ist sichergestellt, dass kurzfristigem Fremdkapital auch kurzfristig liquidierbares Vermögen gegenübersteht und somit kurzfristig kein Finanzierungsrisiko besteht.

Kennzahl:

Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel + kurzfristige Forderungen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	x 100
-----------------------------	---	--	--------------

5. Um mittel- bis langfristig den Substanzerhalt des Vermögens zu messen wird die sogenannte Wachstumsquote herangezogen:

Kennzahl:

Wachstumsquote	=	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \div \text{Abgänge Anlagevermögen}}{\text{Abschreibungen Anlagevermögen}}$	x 100
-----------------------	---	--	--------------

6. Wesentliche Quoten zur Analyse der Ergebnisrechnung sind die Ertrags- und Aufwandsquoten. Hervorzuheben sind dabei die Steuerertrags- und die Zinslastquote.

Kennzahl:

Steuerertragsquote	=	$\frac{\text{Steuerertrag}}{\text{ordentliche Erträge}}$	x 100
---------------------------	---	--	--------------

Kennzahl:

Zinslastquote	=	$\frac{\text{Finanzaufwand}}{\text{ordentlicher Aufwand}}$	x 100
----------------------	---	--	--------------

Die Steuerertragsquote zeigt an, welchen Anteil die Steuererträge als „Hauptertragquelle“ an den ordentlichen Erträgen haben und somit zur Deckung des ordentlichen Ergebnisses beitragen. Die Zinslastquote gibt an, welche Finanzaufwendungen zusätzlich neben den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit bestehen. Neben diesen Quoten sind weitere Kennzahlen aus der Ergebnisrechnung bildbar wie Personal- und Transferaufwandsquoten und für eine differenzierte Analyse auch notwendig.



**Buchwert des Gebäudes
zum Bilanzstichtag 36,9 Mio. €**

Die von den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern finanzierte **Alte Oper** wurde am 20. Oktober 1880 eingeweiht. Zur Eröffnung kam, unter den Augen von Kaiser Wilhelm I, Mozarts Oper „Don Juan“ zur Aufführung.

7. Die Liquidität war in der zahlungsorientierten kameralen Haushaltswirtschaft immer eine zentrale Kennzahl. Und sie spielt auch im neu eingeführten kaufmännischen Haushalts- und Rechnungswesen insofern eine Rolle, dass der Liquiditätsbedarf zu jeder Zeit gedeckt sein muss, um sämtlichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. In der Finanzrechnung werden die Zahlungsmittelströme aus

- a. Verwaltungstätigkeit
- b. Investitionstätigkeit und
- c. Finanzierungstätigkeit

abgebildet. Der Finanzmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit ist insofern bedeutsam, weil sich aus ihm die sogenannte Selbst- bzw. Innenfinanzierungsquote für Investitionen und Kredittilgung ergibt.

Kennzahl:

Innenfinanzierungsquote	=	$\frac{\text{Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit}}{\text{Investitionsausgaben + Kredittilgung}}$	x 100
--------------------------------	---	--	-------

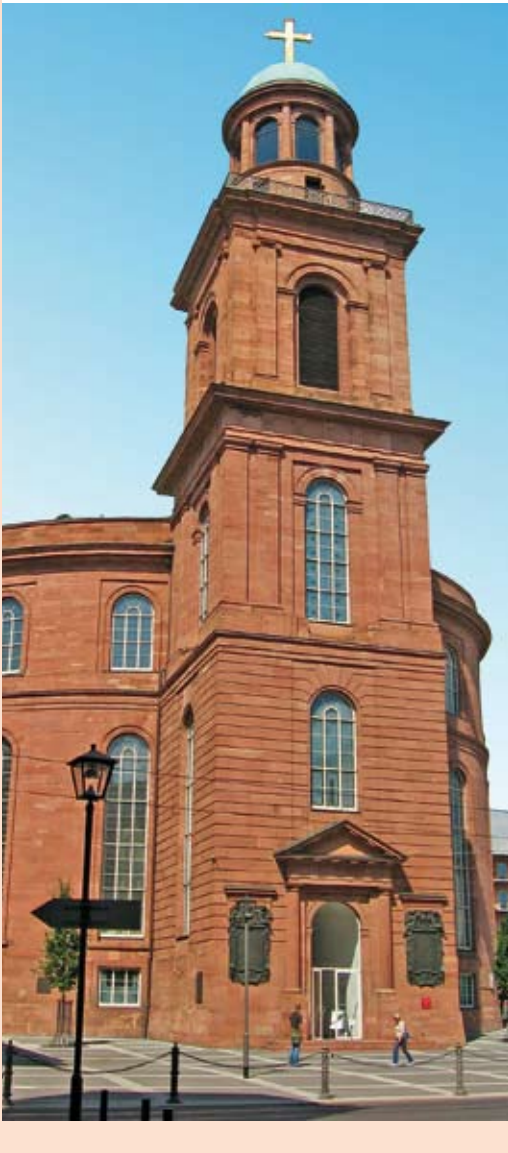
8. Um die Fremdkapitaltilgungsfähigkeit in der Vermögensrechnung zu beurteilen, wird der dynamische Verschuldungsgrad herangezogen.

Kennzahl:

Dynamischer Verschuldungsgrad	=	$\frac{\text{Fremdkapital} \div \text{liquide Mittel} \div \text{kurzfristige Forderungen}}{\text{Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit}}$	x 100
--------------------------------------	---	--	-------

**Buchwert des Gebäudes
zum Bilanzstichtag 21,5 Mio. €**

Die **Paulskirche** ist ein klassizistischer Rundbau der zwischen 1789 bis 1833 nach Plänen des Architekten Johann Friedrich Christian Hess erbaut wurde. Von 1848 bis 1849 diente sie als Tagungsort für das erste frei gewählte gesamtdeutsche Parlament, die Nationalversammlung.



AUSBLICK

Die Konzernbilanz der Stadt Frankfurt am Main

Die Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt am Main gibt zum ersten Mal einen Überblick über das Vermögen und das Kapital der Kernverwaltung.

Ein großer Teil des gesamtstädtischen Vermögens und des Kapitals ist aber in Gesellschaften und Betrieben, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht bzw. die sich im vollständigen Besitz der Stadt Frankfurt am Main befinden, ausgegliedert.

Erst wenn sämtliches Vermögen und Kapital der Kernverwaltung sowie der städtischen Gesellschaften und Betriebe zu einer Konzernbilanz konsolidiert werden, ergibt sich ein Gesamtbild des „Konzerns“ Stadt Frankfurt am Main. Im Rahmen der Konzernkonsolidierung werden sämtliche Verflechtungen der Gesellschaften und Betriebe sowie der Kernverwaltung untereinander, die sich in den Bilanz- und Gewinn- und Verlust-Positionen widerspiegeln, so eliminiert, als wäre der Konzern Stadt Frankfurt am Main ein rechtlich einheitliches „Unternehmen“. Beispielsweise werden die Erträge aus Energielieferungen der MAINOVA AG mit den entsprechenden Energieaufwendungen an Gesellschaften gegeneinander aufgerechnet und aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung herausgerechnet.

Dem § 114s Abs. 5 (Hessische Gemeindeordnung) folgend hat die Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2009 einen konsolidierten Konzernabschluss aufzustellen. Die umfangreichen Vorarbeiten hierzu haben begonnen. Gemeinsam in einer Arbeitsgruppe mit dem Revisionsamt, dem Referat Beteiligungen und Fachleuten aus den Gesellschaften und Betrieben hat die Stadtkämmerei die Vorgaben zur Erstellung des Gesamtabchlusses erarbeitet. Diese werden nun gemeinsam mit den Konzerngesellschaften in der Praxis erprobt. Die Heterogenität des Konzerns Stadt und die weitverzweigten Beziehungen sämtlicher städtischer Unternehmen untereinander und zur Kernverwaltung stellen dabei die größte Herausforderung an die Konzernkonsolidierung.

Auf Grund der sehr differenzierten Beteiligungsstruktur werden zunächst sieben Teilkonzernabschlüsse aufgestellt und diese anschließend im Rahmen der Vollkonsolidierung zu einem gesamtstädtischen Konzernabschluss zusammengefasst. Dieses Gesamtbild des „Konzerns“ Stadt Frankfurt am Main wird erstmals 2010 vorliegen und damit die Einführung der Doppik abrunden.



**Buchwert des Infrastrukturvermögens
zum Bilanzstichtag 1.716 Mio. €**

Zu den Sachanlagen im Gemeingebrauch und dem Infrastrukturvermögen, gehören u. a. die Straßen, Wege / Plätze, das Tunnelvermögen und die Sonderbauwerke wie zum Beispiel Brücken der Stadt Frankfurt am Main. Diese Vermögenswerte machen ohne deren Grundstückswerte 13,7 % der gesamten Bilanzsumme der Stadt aus.

**Konzern
Stadt Frankfurt am Main**



Teilkonzern
Stadt Frankfurt am Main
Kernverwaltung

Teilkonzern
AGB Frankfurt
Holding GmbH

Teilkonzern
Stadtwerke Frankfurt am Main
Holding GmbH

Teilkonzern
Frankfurter Entsorgungs-
und Service GmbH

Teilkonzern
Messe Frankfurt GmbH

Teilkonzern
Stadtentwässerung
Frankfurt am Main

Teilkonzern
Städtische Kliniken
Frankfurt am Main Höchst

übrige Gesellschaften

ERÖFFNUNGSBILANZ

AKTIVA	01.01.2007
	in €
1 ANLAGEVERMÖGEN	11.817.635.486,14
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	34.773.333,00
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	7.152.099,00
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	27.621.234,00
1.2 Sachanlagevermögen	9.893.515.292,73
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	6.978.619.405,61
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	792.874.527,00
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.716.391.940,84
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	34.905.736,20
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	78.107.361,42
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	292.616.321,66
1.3 Finanzanlagevermögen	1.889.346.860,41
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.229.857.910,17
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	135.559.056,01
1.3.3 Beteiligungen	58.825.045,61
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	58.278.283,53
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	406.826.565,09
2 UMLAUFVERMÖGEN	668.047.578,05
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	-
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	391.252.070,97
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	34.792.511,06
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	139.563.181,82
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.989.515,31
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	155.906.606,14
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	56.000.256,64
2.4 Flüssige Mittel	276.795.507,08
3 AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	36.005.816,77
SUMME AKTIVA	12.521.688.880,96

PASSIVA		01.01.2007 in €
1	EIGENKAPITAL	8.286.970.250,23
1.1	Netto-Position	8.231.834.715,87
1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen	55.135.534,36
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	–
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	–
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	51.073.069,26
1.2.4	Sonderrücklagen	4.062.465,10
1.2.4.1	Stiftungskapital	4.062.465,10
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen	–
1.3	Ergebnisverwendung	–
1.3.1	Ergebnisvortrag	–
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	–
1.3.1.2	Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	–
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	–
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	–
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	–
2	SONDERPOSTEN	1.060.029.295,28
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, Zuschüsse und Investitionsbeiträge	994.364.571,12
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	834.360.601,16
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	8.284.138,00
2.1.3	Investitionsbeiträge	151.719.831,96
2.2	sonstige Sonderposten	65.664.724,16
3	RÜCKSTELLUNGEN	1.302.710.734,25
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.177.384.472,38
3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	–
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	80.693.430,00
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	6.306.453,07
3.5	Sonstige Rückstellungen	38.326.378,80
4	VERBINDLICHKEITEN	1.807.463.054,42
4.1	Anleihen	–
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	1.364.582.973,53
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	1.038.306.114,52 74.345.828,97
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	250.259.561,46 12.950.344,43
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	76.017.297,55 7.531.308,76
4.3	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	51.132.383,31
4.4	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	–
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	703.179,89
4.6	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	–
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	324.857.725,21
4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	66.186.792,48
5	PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	64.515.546,78
SUMME PASSIVA		12.521.688.880,96

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUR ERÖFFNUNGSBILANZ (EÖB)

Die Bilanzierung und Bewertung der Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt am Main basiert auf den einschlägigen Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO-Doppik). Grundlage sind ferner die Verwaltungsvorschriften (VV) zur GemHVO-Doppik, die Sonderregelungen zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen (i.d.F. vom 17.12.2003) und die städtische Richtlinie zur Anlagenbuchführung für das bewegliche, unbewegliche und immaterielle Anlagevermögen der Stadt Frankfurt am Main.

Sofern sich Abweichungen zu den vorgenannten Vorschriften ergeben, wird hierauf bei der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden näher eingegangen.

Für die Festlegung der Nutzungsdauern wurde die vom Land Hessen für Pilotkommunen empfohlene Abschreibungstabelle zu Grunde gelegt.

Die Daten der Eröffnungsbilanz basieren auf einer in 2004 begonnenen und nun abgeschlossenen Erstinventur.

Die Eröffnungsbilanz der Stadt Frankfurt am Main wird für die Kernverwaltung aufgestellt.

Hierzu gehören alle Ämter und Sondervermögen, die zum Stichtag über kein eigenständiges kaufmännisches Rechnungswesen verfügen. Zu den Letzteren zählen insbesondere die rechtlich unselbstständigen Stiftungen.

Für Sachverhalte von untergeordneter Bedeutung gelten vereinfachte Verfahren und Wertgrenzen zur Ermittlung der Bilanzansätze.

Die Gliederung der Eröffnungsbilanz entspricht den Vorgaben des § 49 GemHVO-Doppik.

Die erste Schlussbilanz wird zum 31.12.2007 vorgelegt, das Haushaltsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Zur Einführung der kaufmännischen Buchführung bei der Stadt Frankfurt am Main zum 1.1.2007 ist von Seiten des Dezernenten für Finanzen das Projekt Frankfurter Rechnungswesen „FRech“ eingerichtet worden. Dieses hat u. a. die betriebswirtschaftlichen Grundlagen erarbeitet, die Inventurprozesse organisiert und die technischen Grundlagen für diese Eröffnungsbilanz geschaffen.

Das Revisionsamt der Stadt hat in allen Phasen der Erstellung der Eröffnungsbilanz prozessbegleitend geprüft.

2. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

2.1 Aktiva

Das Anlagevermögen der Stadt Frankfurt am Main wird grundsätzlich mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet und linear abgeschrieben.

Auf Grund der Besonderheiten öffentlichen Handelns werden Investitionszuschüsse an Dritte als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert. Dies sind Mittel für investive Zwecke zur Erfüllung von Aufgaben, an denen die Stadt Frankfurt am Main ein erhebliches Interesse hat. Der Geförderte verpflichtet sich regelmäßig zu einer Gegenleistung, die Stadt Frankfurt am Main bilanziert das hieraus entstehende Recht. Investitionsförderungen sind in der Regel über die Nutzungsdauer des geförderten Anlagegutes abzuschreiben. Für die Eröffnungsbilanz wurden anhand der Haushaltsrechnungen der letzten 10 Jahre die jeweiligen Auszahlungen ermittelt. Als Nutzungsdauer wurden pauschal 10 Jahre angesetzt.

Für Grundstücke wurde für den Eröffnungsbilanzansatz der jeweilige Zeitwert aus den vom Gutachterausschuss der Stadt Frankfurt am Main festgelegten Bodenrichtwerten hergeleitet.

Abweichend von den Verwaltungsvorschriften zur GemHVO-Doppik wurden auf Anraten des Gutachterausschusses zur Wertermittlung die Bodenrichtwerte nicht aus 2003, sondern aus 2006 herangezogen, da sie der aktuellen Wertentwicklung eher entsprechen. Exponierte, sehr werthaltige Flurstücke der Stadt haben dabei vom Gutachterausschuss eine Einzelbewertung erfahren.

Die Flurstücke der Stadt wurden grundsätzlich in folgender Reihenfolge bewertet:

1. Einzelwert,
2. Sachwert (Bodenrichtwert),
3. Ertragswert (Bodenrichtwert),
4. Bodeneckwert,
5. Pauschaler Nutzungsartenwert.

Die Abgrenzung von in seiner Nutzung und Verwertung eingeschränktem Infrastrukturvermögen von sonstigem Vermögen erfolgte analog zu den Vorgaben und in Abstimmung mit dem Revisionsamt der Stadt Frankfurt am Main.

Flurstücke, die in Erbpacht vergeben worden sind, wurden auf 18,85 % des berechneten Wertes reduziert. Diese Abwertung resultiert aus dem Verhältnis der abgezinsten Gesamterträge aus Erbpachtverträgen zum berechneten Gesamtwert (Zeitwert) der einschlägig vergebenen Grundstücke. Bei der Bewertung von Infrastrukturflächen wurde wegen der eingeschränkten Nutzungs- und Verwertungsmöglichkeiten – der Empfehlung des Gutacherausschusses folgend – eine pauschale Abwertung dieser Grundstücke um 70 % vorgenommen.

Der Bewertung der Gebäude wurden die *Normalherstellungskosten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen* auf dem Niveau des Jahres 2000 zu Grunde gelegt. Diese Werte wurden zurückindiziert auf den (fiktiven) Herstellungszeitpunkt der jeweiligen Gebäude. Sofern für Gebäude echte Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vorlagen, wurden diese verwendet.

Für Gebäude, die innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem Stichtag der EÖB (1.1.2007) angeschafft oder hergestellt worden sind, ist eine Neubewertung auf Basis der tatsächlichen Herstellungskosten im Rahmen der gesetzlich zugelassenen Nachbesserungsfristen zur EÖB vorgesehen.

Als Ausgangsbasis zur Erfassung der Verkehrsinfrastrukturbauten (Straßenkörper) diente die vorhandene Datenbank des Amtes für Straßenbau und Erschließung. Die Stadt hat hierauf aufbauend die Wertansätze unter Verwendung von sachgerechten Straßenklassifizierungen und Schadenszustandsklassen ermittelt und auf den Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt zurückindiziert.

Die Nutzungsdauer von Straßen und Straßennebenflächen wurde einheitlich auf 30 Jahre festgelegt.

Sonderbauwerke (Brücken, Straßentunnel, Lärmschutzwände etc.) wurden mit Hilfe von m²-Einheitspreisen bewertet und auf das jeweilige Herstellungsjahr rückindiziert.

Der Waldaufwuchs wurde über das Geoinformationssystem ermittelt und pauschal gemäß Empfehlung des hessischen Waldbesitzerverbandes e.V. mit einem m²-Preis bewertet.

Selbständig nutzbare Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich einzeln erfasst und bewertet. In begründeten Ausnahmefällen wurden Fest-, Durchschnitts- und Gruppenwerte gebildet. Die Ausstattung von Schulgebäuden und den dazugehörigen Turnhallen sowie Kindertagesstätten wurden zum Festwert bewertet. Als weitere Ausnahme vom Prinzip der Einzelbewertung sind bei der Stadt Frankfurt am Main im Falle von (annähernd) gleichwertigen Vermögensgegenständen, die einem einheitlichen Zweck dienen gruppenartige Zusammenfassungen mit Durchschnittsbewertungen vorgenommen worden. Darunter fallen die Büromöbelausstattung der Verwaltungsgebäude und die EDV-Ausstattung der Arbeitsplätze.

In der Position „Kunstgegenstände, Denkmäler und museale Sammlungen“ werden mit der vorgelegten Eröffnungsbilanz noch keine Werte ausgewiesen, weil hierzu einschlägige Erhebungen und Bewertungen im Rahmen der gesetzlichen Fristen nachgeholt werden müssen.

Die Bewertung der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt anhand der Eigenkapitalspiegelbildmethode (diese Methode stellt auf das anteilige Vermögen der Stadt in den Bilanzen der jeweiligen Beteiligungen ab). Eigenbetriebe werden wie verbundene Unternehmen be-

handelt. Die Bilanzierungspflicht nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode besteht nach neuerer Klarstellung durch die Aufsichtsbehörde uneingeschränkt auch für die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über einen Zweckverband an der Nassauischen Sparkasse. Die Frage der Bilanzierungspflicht für die öffentlich-milden selbständigen Stiftungen ist noch nicht abschließend geklärt.

Für Gesellschaften mit einem abweichenden Wirtschaftsjahr (Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH und Frankfurt Ticket GmbH) wird für den Ansatz in der EÖB das Eigenkapital zum Ende des jeweiligen Wirtschaftsjahres herangezogen, das vor dem Stichtag der EÖB liegt.

Betriebe und Gesellschaften mit einem negativen Eigenkapital werden in der EÖB mit einem Wert von Null angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden in der Eröffnungsbilanz mit ihrem Nennbetrag unter Berücksichtigung von angemessenen Wertberichtigungen aktiviert. Forderungen, deren Fälligkeit vor dem 31.12.2004 liegen, wurden dem Vorsichtsprinzip folgend grundsätzlich in der Eröffnungsbilanz zu 100 % wertberichtigt. Forderungen, deren Fälligkeit nach dem 31.12.2004 liegen, wurden mit 2,0 % pauschal wertberichtigt. Von diesem grundsätzlichen Vorgehen abweichend, wurden die Forderungen aus Steuern und Abgaben – und hier insbesondere die Gewerbesteuerforderungen – einer differenzierteren Betrachtung seitens des Kassen- und Steueramtes unterzogen und entsprechend bewertet. Unabhängig von den Wertberichtigungen, die dem korrekten Ausweis der werthaltigen Forderungen dienen, bleiben die Einzelforderungen weiterhin bestehen. Rechnungsabgrenzungsposten werden in der Eröffnungsbilanz mit ihrem Nennbetrag bilanziert. Die Wertgrenze zur Bildung von einzelnen Rechnungsabgrenzungsposten lag grundsätzlich bei 10 T€.

2.2 Passiva

In der öffentlichen Verwaltung errechnet sich die Nettoposition aus der Differenz zwischen Vermögen einerseits und zweckgebundenen Rücklagen, Sonderposten und dem Fremdkapital sowie den passiven Rechnungsabgrenzungsposten andererseits.

Investive Zuschüsse und Zuwendungen sowie Beiträge von Dritten werden in der Vermögensrechnung der Stadt Frankfurt am Main im Bruttoverfahren als Sonderposten ausgewiesen und grundsätzlich über den gleichen Zeitraum wie die „bezuschusste“ Anlage abgeschrieben wird ertragswirksam aufgelöst. Für einige Vermögensbereiche war es im Rahmen der Eröffnungsbilanz nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich den einzelnen Anlagengütern entsprechende Zuwendungen und Beiträge zuzuordnen. Daher werden diese als pauschale Sonderposten bilanziert und analog der Nutzungsdauer des Anlagevermögens aufgelöst.

Die Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen wurden basierend auf finanzmathematischen Grundlagen und den gesetzlichen Vorgaben der GemHVO-Doppik ermittelt. Als Abzinsungsfaktor für die Pensions- und Beihilferückstellungen wurde der gesetzlich vorgegebene Zinssatz von 6 %, für Altersteilzeitrückstellungen 5,5 % angesetzt.

Um bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz den Erfassungsaufwand in einem wirtschaftlich angemessenen Rahmen zu halten, wurden als Wertgrenze zur Abbildung eines Rückstellungstatbestandes grundsätzlich 50 T€ angesetzt.

Da in den Ausführungsbestimmungen zur GemHVO-Doppik zu § 39 der Tatbestand der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften aus den Beispielen der Wahlrechte zur Rückstellungsbildung nachträglich explizit herausgenommen wurde, wurde seitens der Stadt Frankfurt am Main auf eine Bildung entsprechender Rückstellungen verzichtet.

Sämtliche Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

Rechnungsabgrenzungsposten werden in der Eröffnungsbilanz mit ihrem Nennbetrag bilanziert. Die Wertgrenze zur Bildung von einzelnen Rechnungsabgrenzungsposten lag grundsätzlich bei 10 T€.

3. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

3.1 Anlagevermögen

Die Eröffnungsbilanz startet zum 01.01.2007 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 12.521.689 T€. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei den Erläuterungen einzelner Bilanzpositionen in T€ durch Rundungen geringfügige Differenzen zur exakten Eröffnungsbilanz (in Cent) ausgewiesen sein können.

Zur differenzierten Analyse der Gesamteröffnungsbilanz wird auf das Kapitel „Kennzahlen Eröffnungsbilanz“ (s. Seite 8) verwiesen.

Auf die Inhalte der einzelnen Vermögensrechnungspositionen wird im Folgenden eingegangen.

3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Immaterielle Vermögensgegenstände	34.773	0,3
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	7.152	0,1
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	27.621	0,2

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen stellen die geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse an Dritte mit 27.621 T€ den größten Posten dar. Die Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte belaufen sich auf 7.152 T€. Hierunter fallen im Wesentlichen Lizenzen für Software. Insgesamt spielen die immateriellen Vermögensgegenstände mit einem Anteil i. H. v. 0,3 % an der Bilanzsumme eine untergeordnete Rolle.

3.1.2 Sachanlagen	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Sachanlagevermögen	9.893.516	79,0
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	6.978.620	55,7
Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	792.875	6,3
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.716.392	13,7
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	34.906	0,3
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	78.107	0,6
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	292.616	2,3

Das Sachanlagevermögen hat mit 9.893.516 T€ erwartungsgemäß den mit Abstand größten Anteil am Gesamtvermögen der Stadt Frankfurt am Main (79 % der Bilanzsumme). Innerhalb der Sachanlagen tragen insbesondere die Grundstücke und die grundstücksgleichen Rechte mit 6.978.620 T€ zum Vermögen bei. Darin enthalten sind Grundstücke des Infrastrukturvermögens mit einem Wert i. H. v. 4.282.708 T€. Grundstücke, die stichtagsbezogen im Erbbaurecht vergeben sind, weisen einen Wert i. H. v. 327.861 T€ aus.

Getrennt von den Grundstücken werden Aufbauten (z.B. Gebäude, Straßenkörper etc.) in der Vermögensrechnung ausgewiesen. Neben den Grundstücken für Infrastrukturvermögen hat das Sachanlagevermögen im Gemeingebrauch / Infrastrukturvermögen i. H. v. 1.716.392 T€ einen wesentlichen Anteil am Sachanlagevermögen. Hierunter fallen insbesondere die Straßenkörper für Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen i. H. v. 833.970 T€ und das ÖPNV-Vermögen i. H. v. 859.845 T€.

Die dem Infrastrukturvermögen zugeordneten Vermögensgegenstände haben somit insgesamt einen Anteil am Sachanlagevermögen i. H. v. 60,6 %.

Die Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung sowie andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung haben zusammen einen Wert i. H. v. 113.013 T€. Hierunter fallen insbesondere verkehrstechnische Anlagen, der Fuhrpark sowie die EDV- und Büroausstattung.

3.1.3 Finanzanlagen	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Finanzanlagevermögen	1.889.347	15,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.229.858	9,8
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	135.559	1,1
Beteiligungen	58.825	0,5
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	
Wertpapiere des Anlagevermögens	58.278	0,5
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	406.827	3,2

Das Finanzanlagevermögen besteht im Wesentlichen aus den Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie aus den Ausleihungen und den Wertpapieren des Anlagevermögens.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen i.H.v. 1.229.858 T€ haben einen Anteil an der Bilanzsumme i. H. v. 9,8%. Hierunter fallen auch die Eigenbetriebe mit 229.250 T€. Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen betragen insgesamt 135.559 T€ und bestehen im Wesentlichen aus vergebenen Darlehen im Bereich Wohnungsbau.

Der Anteil an Beteiligungen beträgt 58.825 T€, wobei der Sparkassenzweckverband Nassau mit 46.304 T€ den größten Anteil ausmacht.

Die folgende Übersicht zeigt die zehn wertmäßig größten Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen:

VERBUNDENE UNTERNEHMEN / BETEILIGUNGEN	Wertansatz in T €
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	324.047
ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	269.480
Messe Frankfurt GmbH	195.532
Stadtentwässerung Frankfurt am Main	180.021
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	78.959
Sportpark Stadion Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	66.794
Sparkassenzweckverband Nassau	46.304
BKRZ Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	29.971
Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst	27.728
Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	19.393

Eine Übersicht über sämtliche Beteiligungen ist den Anlagen zum Anhang beigelegt (s. Abschnitt 5.4).

Die Summe der Wertpapiere des Anlagevermögens beträgt 58.278 T€. Hierunter fallen neben den Anlagen der rechtlich unselbstständigen Stiftungen insbesondere die Geldanlagen der Stadt Frankfurt am Main.

Die sonstigen Ausleihungen betragen insgesamt 406.827 T€. Der wesentliche Anteil i. H. v. 362.689 T€ besteht aus langfristig vergebenen Darlehen im Bereich der Wohnungsbauförderung. Hierunter fällt auch die Darlehensvergabe aus der Fehlbelegungsabgabe mit 86.671 T€.

3.2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen beläuft sich zum 01.01.2007 auf 668.048 T€ und hat einen Anteil an der Bilanzsumme i. H. v. 5,3%.

3.2.1 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	391.252	3,1
Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	34.793	0,3
Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	139.563	1,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.990	0,0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	155.906	1,2
Sonstige Vermögensgegenstände	56.000	0,4

Unter den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen mit insgesamt 391.252 T€ werden im Wesentlichen

- die Forderungen aus Steuern und Abgaben i. H. v. 139.563 T€ und
- die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen i. H. v. 155.906 T€ ausgewiesen.

Die bestehenden Einzelforderungen aus Steuern und Abgaben i. H. v. 197.833 T€ wurden aus Vorsichtsgründen in Höhe i. H. v. 58.270 T€ wertberichtigt. Der größte Anteil bezieht sich auf die Forderungen aus der Gewerbesteuer.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen beinhalten vor allem die Sollbestände der bei der Stadt Frankfurt am Main zur Zahlungsabwicklung geführten Kontokorrentkonten der Gesellschaften und Betriebe.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben einen Eröffnungsbilanzwert i. H. v. 56.000 T€. An dieser Stelle sei angemerkt, dass es im Rahmen der maschinellen Forderungsmigration auf Grund fehlender Informationen aus dem Altverfahren grundsätzlich nicht möglich war, die Einzelforderungen nach den Bilanzgliederungserfordernissen zuzuordnen, so dass diese unter dem Posten sonstige Forderungen in der Eröffnungsbilanz ausgewiesen werden.

3.2.2 Flüssige Mittel	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Flüssige Mittel	276.796	2,2

Die flüssigen Mittel betragen stichtagsbezogen zum 01.01.2007 276.796 T€. Darunter fallen sowohl die Bankbestände bei Kreditinstituten, als auch die Barbestände der Handkassen und Zahlstellen in den Ämtern.

Vom Bestand an liquiden Mitteln sind stichtagsbezogen 271.900 T€ in Festgeldern angelegt.

3.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	36.005	0,3

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten i. H. v. 36.005 T€ enthalten im Wesentlichen bereits im voraus gezahlte

- Personalaufwendungen i. H. v. 12.929 T€ und
- Transferleistungen i. H. v. 20.022 T€

für das Jahr 2007.

3.4 Eigenkapital	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Eigenkapital	8.286.970	66,2
Netto-Position	8.231.834	65,7
Rücklagen und Sonderrücklagen	55.136	0,4
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	–	
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	–	
Zweckgebundene Rücklagen	51.073	0,4
Stiftungskapital	4.063	0,0
Sonstige Sonderrücklagen	–	

Das Eigenkapital der Stadt Frankfurt am Main beträgt insgesamt 8.286.970 T€. Darin enthalten sind zweckgebundene Rücklagen für Gebührenhaushalte und rechtlich unselbstständige Stiftungen sowie deren Stiftungskapital i. H. v. insgesamt 55.136 T€.

Unter Berücksichtigung dieses zweckgebundenen Anteils am Eigenkapital ergibt sich aus der Differenz des Vermögens und dem Fremdkapital sowie den Sonderposten eine

Nettoposition i. H. v. 8.231.834 T€.

Die Rücklagen der Gebührenhaushalte haben zum 01.01.2007 folgende Bestände:

• Bauaufsicht:	24.928 T€
• Friedhofs- und Bestattungswesen:	2.428 T€
• Kommunale Abfallentsorgung:	19.612 T€

Der Gebührenhaushalt Straßenreinigung weist auf Grund der defizitären Situation der Vergangenheit keine Rücklage aus.

Die Rücklagen für die rechtlich unselbstständigen Stiftungen sowie deren Stiftungskapital betragen zusammen 8.167 T€.

3.5 Sonderposten	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Sonderposten	1.060.029	8,5
Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, Zuschüsse und Investitionsbeiträge	994.365	7,9
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	834.361	6,7
Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	8.284	0,1
Investitionsbeiträge	151.720	1,2
Sonstige Sonderposten	65.664	0,5

Die Sonderposten in Höhe i. H. v. insgesamt 1.060.029 T€ enthalten neben erhaltenen Investitionszuwendungen und -beiträgen auch sonstige Sonderposten. Unter die Investitionszuweisungen vom öffentlichen Bereich i. H. v. 834.361 T€ fallen insbesondere die Zuwendungen im Bereich ÖPNV und Straßenbau sowie die Schulbaupauschale. Die Investitionsbeiträge i. H. v. 151.720 T€ bestehen aus den Stellplatzablöse- und Erschließungsbeiträgen. Unter den sonstigen Sonderposten i. H. v. 65.664 T€ werden die zur Verfügung stehenden und verwendeten Einnahmen aus der Fehlbele-

gungsabgabe, der Sozialbindung des Grundeigentums und dem Wertausgleich aus der Bodenordnung ausgewiesen. Da diese zweckgebunden für investive Zwecke verwendet werden und somit ähnlichen Charakter wie Investitionszuwendungen und -beiträge haben, werden diese Sonderfälle auch unter den Sonderposten dargestellt.

3.6 Fremdkapital

Das Fremdkapital (Rückstellungen und Verbindlichkeiten) beläuft sich zum 01.01.2007 auf insgesamt 3.110.174 T€.

3.6.1 Rückstellungen	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Rückstellungen	1.302.711	10,4
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.177.384	9,4
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	–	
Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	80.694	0,6
Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	6.307	0,1
Sonstige Rückstellungen	38.326	0,3

Die Rückstellungen i. H. v. insgesamt 1.302.711 T€ bestehen im Wesentlichen aus den Verpflichtungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit sowie der „Versorgungsrücklage“ des Hessischen Versorgungsrücklagengesetzes (HVerRücklG). Auf eine Anrechnung der Versorgungsrücklage bei der Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wurde verzichtet.

Bei den Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge handelt es sich um die zukünftigen Verpflichtungen zur Rekultivierung der Abfalldeponien Monte Scherbelino, Dreieich-Buchsschlag und Neugrube Kramer.

Die sonstigen Rückstellungen wurden u. a. gebildet für ungewisse Verbindlichkeiten aus anhängigen Gerichtsverfahren inklusive Gerichtskosten (16.938 T€), für ausstehende Rechnungen bereits erhaltener Leistungen zum Stichtag 31.12.2007 (19.895 T€), für geleistete Überstunden der Bediensteten der Branddirektion im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 (623 T€) und für Wiederherstellungs- und Rückbauverpflichtungen (717 T€).

3.6.2 Verbindlichkeiten

Der überwiegende Anteil der Verbindlichkeiten (insgesamt 1.807.463 T€) ergibt sich mit 1.364.583 T€ aus Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen. Hierunter nehmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 1.038.306 T€ den größten Teil ein.

Unter den Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind die Verbindlichkeiten aus dem PPP-Modell (Public Privat Partnership) Bildungszentrum Ostend ausgewiesen. Entsprechendes Sachanlagevermögen steht diesen auf der Aktivseite gegenüber.

Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen, Investitionsbeiträgen sowie aus Lieferungen und Leistungen wurden grundsätzlich nicht in die Eröffnungsbilanz eingestellt, da vor Einführung der Doppik im kameralen Buchführungssystem der Stadt Frankfurt am Main systemseitig keine offenen Verbindlichkeiten bestanden haben. Ausnahmen bilden die Bereiche, die vor Einführung der stadtweiten Doppik bereits offene Verbindlichkeiten erfasst haben.

Verbindlichkeiten	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Verbindlichkeiten	1.807.463	14,4
Anleihen	–	
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	1.364.583	10,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.038.306	8,3
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>74.346</i>	
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	250.260	2,0
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>12.950</i>	
sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	76.017	0,6
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>7.531</i>	
Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	51.132	0,4
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	–	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	703	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	324.858	2,6
Sonstige Verbindlichkeiten	66.187	0,5

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht sowie Sondervermögen beinhalten insbesondere die Habenbestände der bei der Stadt Frankfurt am Main zur Zahlungsabwicklung geführten Kontokorrentkonten der Gesellschaften und Betriebe.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind neben den sogenannten durchlaufenden Geldern zu einem großen Teil noch nicht ausgezahlte Verbindlichkeiten aus Darlehenszinsen für 2006 ausgewiesen.

3.7 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	01.01.2007 T €	Ant. an Bilanzsumme %
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	64.516	0,5

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind hauptsächlich erhaltene Vorauszahlungen aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Steuern und ähnlichen Abgaben abgebildet.

4. SONSTIGE ANGABEN

4.1 Übersicht zu Bürgschaften und weiteren finanziellen Verpflichtungen

Die folgende Übersicht zeigt den Stand der von der Stadt Frankfurt am Main übernommenen Bürgschaften:

	in T €
Der Gesamtbetrag der Bürgschaften teilt sich wie folgt auf:	992.488 €
Selbstschuldnerische Bürgschaften	4.898 €
Ausfallbürgschaften	965.586 €
Einredeverzichtserklärung	9.894 €
Garantie	8.000 €
Ausbietungsgarantie	3.661 €
Patronatserklärung	450 €

4.2 Derivate

Da in den Ausführungsbestimmungen zur GemHVO-Doppik der Tatbestand der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften aus den Wahlrechten zur Rückstellung explizit herausgenommen wurde, werden die bei der Stadt Frankfurt am Main eingesetzten derivativen Finanzinstrumente nur nachrichtlich im Anhang zur EÖB dargestellt. Hierbei werden alle von der Stadt Frankfurt am Main zum Stichtag gehaltenen Derivatepositionen saldiert dargestellt.

Die Stadt Frankfurt am Main setzt im Rahmen der durch die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung § 6346 vom 08.06.2000 und § 10159 vom 13.10.2005 erteilten Ermächtigung Derivate zur Optimierung der Kreditkosten und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken ein. Insgesamt hat die Stadt Frankfurt am Main seit dem Jahr 2000 Zinskostenvorteile aus dem Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von rd. 18,93 Mio. € erzielt.

Gem. HGB § 285 Satz 1 Ziffer 18 sind für jede Kategorie derivativer Finanzinstrumente Art und Umfang sowie der beizulegende Zeitwert anzugeben.

Die Stadt Frankfurt am Main hat zum Stichtag 01.01.2007 ausschließlich Zinsswaps abgeschlossen:

Nominalvolumen :	328.257 T €
Saldo aus positiven und negativen beizulegenden Zeitwerten	-10.225 T €
bzw. in % des Gesamtvolumens:	-3,11 %

Nach § 285 Satz 4 HGB ist der beizulegende Zeitwert – sofern keine andere Art der Feststellung möglich ist – mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmodelle- und methoden zu bestimmen, sofern diese eine angemessene Annäherung an den Marktwert gewährleisten.

Die hier aufgeführten beizulegenden Zeitwerte beruhen daher auf den indikativen Bewertungen zum Jahresbeginn 2007. Die Bewertungen basieren auf allgemein anerkannten Bewertungsmodellen und erfolgen zu Marktdaten des Bewertungsstichtages (z.B. aktuelle Zinsstrukturkurve, Volatilität) inklusive aufgelaufener Stückzinsen.

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass in den oben dargestellten Werten die in der EÖB aufgeführten sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten aus diesen Swapgeschäften mit enthalten sind.

4.3 Sonstige Sachverhalte von vermögensrechtlicher Bedeutung

Für das Treuhandvermögen „Entwicklungsgebiet Riedberg“ wird seitens des Entwicklungsträgers der Jahresabschluss in einer Einnahmenüberschussrechnung aufgestellt. Die notwendigen Informationen, um das Vermögen und das Kapital in der Eröffnungsbilanz darzustellen, sind daher derzeit nicht verfügbar.

Das Treuhandvermögen schließt zum 01.01.2007 hinsichtlich Mittelverwendung und -herkunft mit einer Summe i. H. v. 164.104.104,51 € ab.

4.4 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Die durchlaufenden Finanzmittel betragen zum Stichtag der EÖB: 5.637.698,85 €.

4.5 Entwicklung der kamerale Fehlbeträge

Die kamerale Fehlbeträge der Vergangenheit sind mit ihren Auswirkungen zum Beispiel auf den Zustand des Vermögens oder die Kassenbestände bereits implizit in der Eröffnungsbilanz enthalten. Diese Fehlbeträge sind daher keinesfalls betragsideologisch an irgendeiner Stelle der EÖB – etwa als Bestandteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten oder als Verlustvortrag im Eigenkapital – darstellbar. Deshalb werden sie an dieser Stelle nachrichtlich im Anhang zur Bilanz in Form einer Übersicht über die letzten Jahre dargestellt. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen u. a. des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zum Neuen Kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystem in Hessen.

Jahresbezogene kamerale Fehlbeträge / Überschüsse		in T €
Fehlbetrag Haushaltsjahr	2000	–
Fehlbetrag Haushaltsjahr	2001	- 151.011
Fehlbetrag Haushaltsjahr	2002	- 294.350
Fehlbetrag Haushaltsjahr	2003	- 184.604
Überschuss Haushaltsjahr	2004	7.533
Fehlbetrag Haushaltsjahr	2005	- 14.957
Überschuss Haushaltsjahr	2006	428.709
Kumulierter Fehlbetrag zum 31.12.2006		- 208.680

4.6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum 1.1.2007

Über die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird vom Magistrat in Form der unterjährigen Finanzcontrolling-Berichte in den verschiedenen Aggregaten regelmäßig berichtet. Es wird auf diese Berichte verwiesen.

4.7 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats (Stand zum 01.01.2007)

a) Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

CDU

Stadtverordnete Annerose Bender, Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Stadtverordneter Karlheinz Bührmann, Stadtverordneter Nikolaus Burggraf, Stadtverordnete Hildegard Burkert, Stadtverordneter Martin Daum, Stadtverordnete Verena David, Stadtverordneter Markus Frank, Stadtverordneter Dr. Ilias Galanos, Stadtverordneter Martin Gerhardt, Stadtverordnete Alexandra Prinzessin von Hannover, Stadtverordneter Dr. Bernd Heidenreich, Stadtverordneter Jochem Heumann, Stadtverordneter Helmut Alexander Heuser, Stadtverordneter Wolff Holtz, Stadtverordneter Thomas Kirchner, Stadtverordneter Dr. Horst Kraushaar, Stadtverordnete Hilde Krauß, Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, Stadtverordnete Christiane Loizides, Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, Stadtverordneter Günther Quirin, Stadtverordneter Thomas Rätzke, Stadtverordneter Peter Reichwein, Stadtverordneter Patrick Schenk, Stadtverordneter Karl Leo Schneeweis, Stadtverordneter Jan Schneider, Stadtverordneter Dr. Walter Seubert, Stadtverordneter Stephan Siegler, Stadtverordneter Lothar Stapf, Stadtverordnete Dr. Nina Teufel, Stadtverordneter Klaus Vowinckel, Stadtverordnete Margrit Weißbach, Stadtverordnete Dr. Bernadette Weyland

SPD

Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, Stadtverordneter Hans Busch, Stadtverordnete Ursula Busch, Stadtverordneter Günter Dürr, Stadtverordnete Brigitte Enzmann, Stadtverordneter Peter Manuel Feldmann, Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, Stadtverordnete Anna Latsch, Stadtverordneter Bernhard Ochs, Stadtverordneter Klaus Oesterling, Stadtverordneter Michael Paris, Stadtverordnete Elke Sautner, Stadtverordnete Anneliese Scheurich, Stadtverordnete Silke Seitz, Stadtverordnete Rita Streb-Hesse, Stadtverordnete Elke Tafel, Stadtverordneter Arnold Weber, Stadtverordnete Sylvia Weber, Stadtverordnete Marion Weil-Döpel, Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, Stadtverordneter Turgut Yüksel, Stadtverordneter Grigorios Zarcadas

GRÜNE

Stadtverordneter Ulrich Baier, Stadtverordneter Olaf Cunitz, Stadtverordnete Marina Demaria, Stadtverordneter Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, Stadtverordnete Martina Feldmayer, Stadtverordnete Ulrike Gauderer, Stadtverordnete Dr. Heike Hambrock, Stadtverordnete Angela Hanisch, Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, Stadtverordneter Stefan Majer, Stadtverordnete Sylvia Momsen, Stadtverordneter Uwe Paulsen, Stadtverordneter Manuel Stock, Stadtverordnete Evanthia Triantafillidou

LINKE.WASG

Stadtverordnete Astrid Fischer, Stadtverordneter Yildiz Köremezli-Erkiner, Stadtverordneter Udo Mack, Stadtverordneter Lothar Reininger, Stadtverordnete Carmen Thiele, Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl

FDP

Stadtverordneter Yanki Pürsün, Stadtverordnete Brigitte Helene Reifschneider-Groß, Stadtverordnete Annette Rinn, Stadtverordneter Christoph Schnurr, Stadtverordneter Volker Stein, Stadtverordneter Gert Trinklein

FAG

Stadtverordnete Gisela Becker, Stadtverordneter Achim Fey, Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, Stadtverordnete Claudia Volpp

BFF

Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Stadtverordnete Friederike Prüll

REP

Stadtverordneter Michael Langer

NPD

Stadtverordneter Jörg Krebs

ÖkoLinX-ARL

Stadtverordnete Jutta Ditfurth

E.L.

Stadtverordneter Luigi Brillante

b) Mitglieder des Magistrats

Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth

Bürgermeisterin Jutta Ebeling

Stadtkämmerer Horst Hemzal

Stadtrat Dr. Ralf-Norbert Bartelt

Stadtrat Uwe Becker

Stadtrat Hans-Dieter Bürger

Stadtrat Jean Claude Diallo

Stadträtin Dr. Ursula Fechter

Stadträtin Elisabeth Haindl

Stadtrat Dr. Achim Kessler

Stadtrat Peter Mensinger

Stadtrat Eugenio Muñoz del Rio

Stadträtin Erika Pfreundschuh

Stadträtin Cornelia-Katrin von Plottnitz

Stadträtin Lilli Pölt

Stadtrat Dr. Lutz Raettig

Stadtrat Boris Rhein

Stadträtin Dr. Manuela Rottmann

Stadtrat Edwin Schwarz

Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth

Stadtrat Lutz Sikorski

Stadträtin Dr. Renate H. Sterzel

Stadtrat Christof Warnke

Stadtrat Franz A. Zimmermann

5. ANLAGEN ZUM ANHANG

5.1 Anlagenübersicht

Anlagevermögen		Aktivierungs-Wert	Kumulierte Abschreibungen	Bilanzwert
		€	€	€
	1	2	3	4
1. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	11.945.623,62	-4.793.524,62	7.152.099,00
1.2	Geleistete Investitionszuwendungen	45.775.514,62	-18.154.280,62	27.621.234,00
	Summe 1:	57.721.138,24	-22.947.805,24	34.773.333,00
2. Sachanlagevermögen				
2.1	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	6.978.619.405,61	0,00	6.978.619.405,61
2.2	Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	1.286.707.017,34	-493.832.490,34	792.874.527,00
2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	3.250.257.318,24	-1.533.865.377,40	1.716.391.940,84
2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	90.122.240,94	-55.216.504,74	34.905.736,20
2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	146.920.370,92	-68.813.009,50	78.107.361,42
2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	292.616.321,66	0,00	292.616.321,66
	Summe 2:	12.045.242.674,71	-2.151.727.381,98	9.893.515.292,73
3. Finanzanlagevermögen				
3.1	Beteiligungen	1.288.682.955,78	0,00	1.288.682.955,78
3.2	Kapitalanlagen	58.278.283,53	0,00	58.278.283,53
3.3	Sonstige Finanzanlagen	542.385.621,10	0,00	542.385.621,10
	Summe 3:	1.889.346.860,41	0,00	1.889.346.860,41
	Gesamtsumme (1 bis 3):	13.992.310.673,36	-2.174.675.187,22	11.817.635.486,14

5.2 Rückstellungsübersicht

	Stand am 01.01.2007
	€
1. Pensionsverpflichtungen, incl. Versorgungsrücklage	901.909.989,24
2. Beihilfeverpflichtungen	170.557.088,00
3. Altersteilzeitverpflichtungen	104.917.395,14
4. Unterlassene Instandhaltung	-
5. Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	80.693.430,00
6. Sanierung von Altlasten	6.306.453,07
7. Ungewisse Vbl. Im Rahmen des Finanzausgleichs und Steuerschuldverhältnissen	-
8. Drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	16.938.077,30
9. Weitere ungewisse Verbindlichkeiten	21.388.301,50
Summe	1.302.710.734,25

5.3 Verbindlichkeitenübersicht

 Verbindlichkeitenübersicht gemäß § 52 Abs. 2 GemHVO-Doppik
 Stadt Frankfurt am Main

01.01.2007

	Restlaufzeit bis zu einem Jahr €	Restlaufzeit zwischen einem und fünf Jahren €	Restlaufzeit über fünf Jahren €	Gesamt €
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	74.345.828,97	202.547.193,12	761.413.092,43	1.038.306.114,52
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	12.950.344,43	51.474.882,82	185.834.334,21	250.259.561,46
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	7.531.308,76	23.318.738,31	45.167.250,48	76.017.297,55
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften			51.132.383,31	51.132.383,31
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüs- sen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	703.179,89			703.179,89
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben				0,00
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	320.911.480,32	1.970.331,84	1.975.913,05	324.857.725,21
8. Sonstige Verbindlichkeiten	66.186.792,48			66.186.792,48
Summe	482.628.934,85	279.311.146,09	1.045.522.973,48	1.807.463.054,42

5.4 Übersicht Beteiligungen

1. Direkte Beteiligungen an Kapital- und Kommanditgesellschaften

Firma	Anteilseigner	Anteil Muttersell- schaft in %	Eigenkapital T€	Jahres- ergebnis T€
1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongreßzentrum GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-7.012	-7.270
2 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz-und Rettungs- dienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	14	-1
3 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz-und Rettungs- dienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG	Stadt Frankfurt am Main	100,00	29.971	-298
4 HFM Hafen Frankfurt Managementgesellschaft mbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	1.592	744
5 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-3.721	-3.756
6 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-5.951	-6.196
7 Sportpark Stadion GmbH Frankfurt am Main	Stadt Frankfurt am Main	100,00	66.794	336
8 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-43.501	-56.009
9 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	324.047	-760
10 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-6.835	-7.058
11 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	861	-8.764
12 Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	2.824	-2.862

Firma	Anteilseigner	Anteil Muttergesell- schaft in %	Eigenkapital	Jahres- ergebnis
			T€	T€
13 MVZ Medizinisches Versorgungszentrum an den Städtischen Kliniken Frankfurt am Main Höchst GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-109	-133
14 SKFH – Städtischen Kliniken Frankfurt am Main Höchst gemeinnützige GmbH	Stadt Frankfurt am Main	100,00	98	2
15 ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Stadt Frankfurt am Main	99,99	269.507	12.959
16 Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	Stadt Frankfurt am Main	60,00	-41	-67
17 Messe Frankfurt GmbH	Stadt Frankfurt am Main	60,00	325.887	4.483
18 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	Stadt Frankfurt am Main	51,00	26.432	13.992
19 Lerchesberg Grundstücks-Gesellschaft mbH	Stadt Frankfurt am Main	51,00	-975	455
20 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	Stadt Frankfurt am Main	50,00	199	0
21 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	Stadt Frankfurt am Main	50,00	350	138
22 Rebstock Projektgesellschaft mbH	Stadt Frankfurt am Main	50,00	7.571	815
23 RheinMain Jobcenter GmbH	Stadt Frankfurt am Main	50,00	25	0
24 Westhafen Projektentwicklungs-GmbH	Stadt Frankfurt am Main	50,00	152	32
25 Frankfurt Ticket Rhein-Main GmbH	Stadt Frankfurt am Main	50,00	509	115
26 Praunheimer Werkstätten gGmbH	Stadt Frankfurt am Main	49,06	13.829	62
27 Umland Wohnungsbau-Gesellschaft mbH Frankfurt am Main	Stadt Frankfurt am Main	46,00	7.830	0
28 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	Stadt Frankfurt am Main	40,00	-16.610	-1.571
29 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	Stadt Frankfurt am Main	39,50	1.527	-2.804
30 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Stadt Frankfurt am Main	31,11	253.807	27.080
31 FRIBEG Gesellschaft zum Betrieb eines Frischezentrums mbH	Stadt Frankfurt am Main	30,00	240	65
32 ivm GmbH (Integriertes Verkehrsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	Stadt Frankfurt am Main	25,10	241	0
33 Frankfurt Rhein-Main 2012 GmbH	Stadt Frankfurt am Main	25,00	-10	-360
34 FRIMA Gesellschaft zur Errichtung eines Frischezentrums mbH	Stadt Frankfurt am Main	25,00	4.836	-279
35 Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH, Bad Homburg v.d.H.	Stadt Frankfurt am Main	24,40	534	0
36 Kulturregion Frankfurt RheinMain – gemeinnützige GmbH, Bad Homburg v.d.H.	Stadt Frankfurt am Main	24,00	263	83
37 RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main	Stadt Frankfurt am Main	19,23	440	65
38 Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH, Flörsheim am Main	Stadt Frankfurt am Main	7,69	1.923	986
39 DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim	Stadt Frankfurt am Main	7,55	105.360	10
40 Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH, Kelsterbach	Stadt Frankfurt am Main	7,14	7.469	0
41 SAALBAU GmbH	Stadt Frankfurt am Main	5,10	11.290	179
42 Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	Stadt Frankfurt am Main	3,70	2.172	0
43 Frankfurter Aufbau-AG	Stadt Frankfurt am Main	3,20	70.545	0
44 ekz. bibliotheksserive GmbH, Reutlingen	Stadt Frankfurt am Main	2,35	3.632	-702
45 WOHNHEIM Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnheime und Arbeiterwohnungen mbH	Stadt Frankfurt am Main	1,06	86.657	4.333

5.4 Übersicht Beteiligungen

2. Mittelbare Beteiligungen an Kapital- und Kommanditgesellschaften

Firma	Anteilseigner	„Anteil Muttergesellschaft in %“	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
1 Frankfurter Aufbau AG	Stadt Frankfurt am Main: 3,2 %, ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH: 96,8 %	100,00	70.545	30.345
2 FAAG Technik GmbH	Frankfurter Aufbau AG	100,00	4.000	735
3 Parkhaus Betriebsgesellschaft mbH	Frankfurter Aufbau AG	100,00	26	1.429
4 Urbane Projekte GmbH	Frankfurter Aufbau AG	100,00	25	811
5 Hellerhof GmbH	ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	86,83	34.395	2
6 MIBAU GmbH	ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	92,09	22.978	655
7 Wohnheim gem. Gesellschaft für Wohnheime und Arbeiterwohnungen	Stadt Frankfurt am Main: 1,06 %, ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH: 98,82 %	99,88	86.657	2.180
8 Saalbau GmbH	Stadt Frankfurt am Main: 5,1 %, ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH: 94,9 %	100,00	11.290	179
9 FDS Frankfurter City Dienstleistungen und Service GmbH	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	100,00	18	-3
10 FES Abfallmanagement- und Service GmbH	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	100,00	992	509
11 FFR GmbH GmbH	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	100,00	27	32
12 RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	100,00	686	210
13 Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Messe Frankfurt GmbH	100,00	32.318	1.823
14 EPOC Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	1.400	1.227
15 Indexport Messe Frankfurt S.A., Buenos Aires, Argentinien	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	85,00	26	17
16 Mesago Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	79,87	6.148	4.533
17 Mesago Messemanagement GmbH, Stuttgart	Mesago Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	30	6.651
18 Mesago PCIM GmbH, Stuttgart	Mesago Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	26	754
19 ICT World Forum Investment Company Inc. Lake Mary Florida / USA	Mesago Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	k.A.	k.A.
20 Messe Frankfurt Asia Holding Ltd. Hongkong, China	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	43.289	4.431
21 Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Hongkong / China	Messe Frankfurt Asia Holding Ltd. Hongkong, China	100,00	9.054	7.134
22 Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd. Shanghai / China	Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Hongkong / China	100,00	1.087	461
23 Mesago Messe Frankfurt Corporation, Tokio / Japan	Messe Frankfurt Asia Holding Ltd. Hongkong, China	80,00	2.124	1.413
24 Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul / Südkorea	Messe Frankfurt Asia Holding Ltd. Hongkong, China	80,00	1.123	226
25 Messe Frankfurt Trade FairsIndia Pvt. Ltd., Mumbai / Indien	Messe Frankfurt Asia Holding Ltd. Hongkong, China	100,00	2.020	1.382

Firma	Anteilseigner	„Anteil Mutter- gesellschaft in %“	Eigenkapital	Jahres- ergebnis
			T€	T€
26 Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co., Ltd., Guangzhou / China	Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Hongkong / China	50,00	3.108	-844
27 Messe Frankfurt Ausstellungen GmbH, Wiesbaden	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	52	-90
28 Messe Frankfurt Feiras Ltda, Sao Paulo Brasilien	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	-4.728	-3.937
29 Messe Frankfurt France S.A.S. Paris / Frankreich	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	1.836	1.781
30 Messe Frankfurt Inc. Atlanta, USA	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	1.321	688
31 PAACE Automechanika Mixico, LLC, Georgia / USA	Messe Frankfurt Inc. Atlanta, USA	50,00	k.A.	k.A.
32 Messe Frankfurt Istanbul LS, Türkei	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	448	-23
33 Messe Frankfurt Italia Srl. Mailand, Italien	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	366	126
34 Messe Frankfurt Mexico S.de R.L.de C.V., Mexico City, Mexico	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	-260	48
35 O.O.O. Messe Frankfurt RUS, Moskau, Russland	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	100,00	724	104
36 Messe Frankfurt Grundbesitz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Messe Frankfurt GmbH	100,00	19.723	10.363
37 Messe Frankfurt Grundbesitz Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	Messe Frankfurt GmbH	100,00	46	4
38 Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Messe Frankfurt GmbH	100,00	276.415	7.551
39 Productpilot GmbH i.G., Frankfurt am Main	Messe Frankfurt GmbH	100,00	1.792	-8
40 Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	95,00	260	5.047
41 Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	3.503	1.110
42 AVA Abfallverbrennungsanlage	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	25	-2.802
43 Bäder Betriebe Frankfurt GmbH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	37.710	-19.985
44 Mainova AG	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	75,22	356.679	55.554
45 Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	Mainova AG	90,00	7.043	-2.037
46 Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	Mainova AG	56,00	26.652	4.587
47 Gasgeräte- und Heizungsgesellschaft mbH	Mainova AG	80,19	3.172	193
48 Gasversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	Mainova AG	100,00	5.624	1.121
49 Mainova ServiceDienste GmbH	Mainova AG	100,00	50	3.409
50 Mainova EnergieDienste GmbH	Mainova AG	100,00	100	305
51 NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	Mainova AG	90,00	604	-7.731
52 SRM Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH i. Gr.	Mainova AG	100,00	25	0
53 Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	25	-4
54 Stadtwerke Strom- / Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	9.128	3.012

ANHANG ZUR ERÖFFNUNGSBILANZ

Firma	Anteilseigner	„Anteil Muttergesellschaft in %“	Eigenkapital	Jahresergebnis
			T€	T€
55 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	29.768	-53.185
56 Main Mobil Frankfurt GmbH, Offenbach am Main	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	51,00	232	23
57 In-der-City-Bus-GmbH	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	754	9
58 tiQs traffiQ – Servicegesellschaft mbH	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	25	0
59 MHKW Müllheizkraftweg Frankfurt am Main GmbH	Gemeinschaftsunternehmen der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH / Mainova AG je 50 %	100,00	19	-7
60 SMT / ASIC / Hybrid MESAGO Messe & Kongreß GmbH & Co.oHG, Nürnberg	Mesago Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	75,00	48	-13
61 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	20,24	2.346.100	228.900
62 VIAS GmbH, Verkehrsbetriebe	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	50,00	1.194	1.087
63 MainMobil Offenbach GmbH	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	49,00	212	4
64 Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	Mainova AG	50,00	21.063	2.300
65 ENAG / Maingas Energienanlage GmbH, Eisenach	Mainova AG	50,00	8.695	932
66 Kraft-Wärme Oberschmitt GmbH, Nidda	Mainova AG	50,00	0	283
67 Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	Mainova AG	50,00	8.929	945
68 Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	Mainova AG	46,90	34.367	10.223
69 Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main	Mainova AG	37,70	81.728	13.156
70 Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	Mainova AG	36,37	43.705	4.878
71 Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	Mainova AG	36,33	41	3
72 Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	Mainova AG	26,25	14.931	3.570
73 Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main	Mainova AG	25,10	12.159	1.926
74 Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Mainova AG	15,60	42	-459
75 Ohra Hörseglas GmbH, Hörselgau	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	27,44	14.265	4.939
76 Werragas GmbH, Bad Salzungen	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	27,44	12.125	3.088
77 ARGE Messe Frankfurt	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	50,00	150	151
78 Offenbacher Verkehrsbetriebe GmbH, Offenbach am Main	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	49,00	3.179	-7.168
79 Gasturbinen-Gesellschaft für Kalle Albert mbH, Wiesbaden	Mainova AG	39,00	1.366	333
80 Südwestdeutsche Rohleitungsbau GmbH	Mainova AG	29,90	3.638	314

Firma	Anteilseigner	„Anteil Muttergesellschaft in %“	Eigenkapital	Jahresergebnis
			T€	T€
81 Syneco GmbH & Co. KG, München	Mainova AG	12,67	7.194	1.563
82 Syneco Verwaltungs GmbH, München	Mainova AG	25,10	5.669	142
83 Syneco Trading GmbH	Mainova AG	12,67	12.942	2.503
84 VDV Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	12,50	186	-5
85 Merton Wohnprojekt GmbH	ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	50,00	1.992	729
86 PH Goetheplatz GmbH	Frankfurter Aufbau AG	50,00	40	79
87 Arbeitsgemeinschaft Waldstadion – Projektmanagement – GmbH	Frankfurter Aufbau AG	50,00	591	81
88 MainWERT GmbH, Bietigheim-Bissingen	ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	50,00	467	100
89 FSG Flughafen-Sevice GmbH	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	33,30	168	93

5.4 Übersicht Beteiligungen

3. Sondervermögen

Firma	Anteilseigner	„Anteil Muttergesellschaft in %“	Eigenkapital	Jahresergebnis
			T€	T€
1 Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	Stadt Frankfurt am Main	100,00	19.393	480
2 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-22.666	-23.575
3 Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	Stadt Frankfurt am Main	100,00	2.109	263
4 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	Stadt Frankfurt am Main	100,00	180.021	10.134
5 Städtische Kliniken Frankfurt am Main – Höchst (Eigenbetrieb)	Stadt Frankfurt am Main	100,00	27.728	-5.385
6 Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	Stadt Frankfurt am Main	100,00	-21.868	-8,828

5.5 Übersicht Rechtlich unselbstständige Stiftungen

Allgemeine Fürsorgestiftung • Ausbildungs-Stiftung • Carl Christian Jügel-Stiftung • Caroline Hansellmann-Stiftung • Christian Ludwig und Franziska Heister-Stiftung • Frankfurter Handwerksstiftung • Franz Anton Gering-Stiftung • Georg und Marie Kalischer-Stiftung • Heussenstamm-Stiftung • Höchster Wohlfahrtsstiftung • Hortense B. Eppler Nachlass-Stiftung • Jugendfürsorge-Stiftung • Louis Marburg'sche Familienstiftung • Ludwig Pfungst Museums-Stiftung • Otto-Hahn-Stiftung • Simon-Bender-Stiftung • Stiftung der Eheleute Wilhelm Philippi und Marie Philippi, geb. Wiertz • Versehrten- und Hinterbliebenen-Stiftung • Hermine Weidner Nachlass-Stiftung • Minni-Eckert-Stiftung • Dr. Hermann Griesinger-Vermächtnis-Stiftung • Margarete Hasse-Bek Vermächtnis-Stiftung



HERAUSGEBER

Stadt Frankfurt am Main

Der Magistrat

Dezernat für Finanzen,

Beteiligungen, Region

Frankfurt / Rhein-Main

und Kirchen

Paulsplatz 9

60311 Frankfurt am Main

